



109

**Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Juni/Juli 2004
22 Jg.
ISSN 0949-0000**

Krieg und Geschlechter- verhältnisse

- **Nachrichten aus einem „friedlichen“ Land.
Feministisch-antipatriarchale Antikriegspolitik**
 - **Keine Komplizinnen**
 - **Deutsche Ärztin im Irak**
- **Schwarzer kritisiert Schwarz-Grün**
 - **Situation der Frauennotrufe**
 - **Protest gegen Schließung
des Hamburger Frauenhauses**
 - **Gender Budgeting**

Inhalt:

Schwerpunkt: Krieg und Geschlechterverhältnisse **3**

Nachrichten aus einem „friedlichen Land“ (Ariane Brensell, antipatriarchales Netz Berlin)
Keine Komplizinnen (Ariane Brensell, Waltraud Schwab)

Themen **11**

Eindrücke aus Maxmur- Deutsche Ärztin im Irak braucht Unterstützung
Alice Schwarzer kritisiert Rot-Grün
Frauennotrufe: Kein Anschluss mehr unter dieser Nummer
Frauenhandel als Kavaliersdelikt im Kosovo

Netzwerke/Resolutionen **17**

Stellungnahme gegen die geplante Schließung des ersten Hamburger Frauenhauses,
Wiener Interventionsstelle: Hunderte Opfer familiärer Gewalt können nicht mehr unterstützt werden
Stellungnahme zum geplanten Kinder- und Jugendfördergesetz in Nordrhein- Westfalen,

Aktionen **22**

Bäckertüten-Kampagne gegen sexuelle Gewalt
Greenpeace-Aktion: Muhen gegen Müller-Milch
Kampagne: Sport tut Frauen gut

Nachrichten **23**

Frauen im Dienste der Sicherheit
Zuviel Testosteron beeinträchtigt soziale Fähigkeiten,
Hoch hinaus mit Chancengleichheit im Bonner Posttower,
Frauen verdienen fast ein Drittel weniger als Männer,
Wer ist der bessere Boss?,
Werber und "Öffentlichkeitsarbeiter" folgen der Devise "Frauen an die Macht",
Immer mehr Frauen sind berufstätig,
Der Blahnik-Code: Folgen des High-Heel-Fiebers,

Literatur **27**

Interaktion und Dominanz,
Arbeitshilfe zum Antiaggressivitäts-Training für Mädchen
Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung,

Termine **28**

8. Interkulturelles Frauenmusikfestival im Hunsrück,
Frauenpolitischer Ratschlag: Zornig, zärtlich, zukunftsweisend – weltweit!
Gender-Kompetenz
Männer und Gender im Mainstream

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.
Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, Email: kofra-muenchen@t-online.de
Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto.
Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Krieg und Geschlechterverhältnisse

Nachrichten aus einem „friedlichen Land“

„Krieg ist Frieden“: Feministisch-antipatriarchale Antikriegspolitik im globalen Norden¹

Ariane Brensell (*Antipatriarchales Netz Berlin*)

Friedensrhetorik – Kriegslogik

Die Regierung in Deutschland hat sich vermeintlich gegen den Irak-Krieg ausgesprochen. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer fundamentalen Kritik an Krieg und Militarisierung. Vielmehr lässt sich von einer „deutschen Doppelstrategie“ reden: Zum einen sagt Deutschland „Nein“ zum Irak-Krieg, zum anderen stellt Deutschland für die USA einen großen Teil

¹ Dieser Text wurde von und mit dem „Antipatriarchalen Netz“ aus Berlin entwickelt. Das „Antipatriarchale Netz“ Berlin ist eine Gruppe, die versucht, eine spezifisch feministisch-antipatriarchale Sicht auf Globalisierung, Neoliberalismus und Krieg zu entwickeln und politische Perspektiven und Aktionsformen in Deutschland dadurch zu radikalisieren. Es geht der Gruppe darum, einen Widerstand im globalen Norden zu stärken, der an den eigenen Verhältnissen ansetzt und so über Besitzstandswahrungs-, Stellvertreterpolitik oder paternalistische Unterstützung hinausgeht. Die Gruppe geht davon aus, dass eine politische Praxis im globalen Norden die Veränderung der eigenen Lebensweise miteinbeziehen müsste, da diese konkret und strukturell an anderen Orten ein unglaubliches Ausmaß an Zerstörung und Tod organisiert. Daher liegt ihre Priorität derzeit ganz bewusst auf der Weiterentwicklung einer antipatriarchalen Antikriegspolitik im eigenen Land. Das „Antipatriarchale Netz“ ist Teil des deutschlandweiten antimilitaristischen Bündnisses „Krieg ist Frieden“. Im Rahmen dieses Bündnisses wird zeitgleich zum Weltsozialforum der Widerstand gegen die sog. NATO-Sicherheitskonferenz in München organisiert. Aus all diesen Gründen hat sich die Gruppe entschlossen, nicht auf dem Weltsozialforum präsent zu sein.

der Infrastruktur für den Irak-Krieg bereit² und spielt parallel dazu eine führende Rolle beim Ausbau der Europäischen Union (EU) zur Militärmacht - Aufrüstung erhält derzeit in der EU Verfassungsrang. Zudem leitete das „Nein“ zum Irak-Krieg drastische Einschnitte in das Sozialsystem der BRD ein. Ansprüche auf soziale Absicherung werden aufgekündigt, Gesundheits- und Altersversorgung gravierend eingeschränkt und öffentliche Güter, wie z.B. Wasser, privatisiert. Besonders Frauenprojekte sind von massiven Kürzungen betroffen. Parallel dazu werden Repressionen verschärft, allen voran gegen Flüchtlinge. Die Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die diese neoliberalen Einschnitte ankündigte, hieß entsprechend: „Mut zum Frieden, Mut zur Reform“³. Die Friedensrhetorik half so neoliberale Veränderungen voranzutreiben, die Konkurrenz, Spaltungen, Existenzängste, Gewalt, Rassismus, Sexismus immer mehr zum Normalzustand werden lassen. Der „gemeinsame Friedenswille“ - der sich u.a. darin zeigte, dass Millionen Menschen gegen den Irak-Krieg auf die Straße gingen, während parallel gegen den Sozialabbau lediglich ca. 10.000 Leute demonstrierten - hatte so den Effekt, die inneren Widersprüche zu übertünchen.

Auch wenn in Deutschland kein Krieg geführt wird, auch wenn die Verhältnisse in Deutschland - trotz aller Kürzungen und Privatisierungen - verhältnismäßig luxuriös sind, so ist doch der Sozialabbau ein Effekt der gleichen Dynamik, aufgrund derer wo-

² Mindestens drei Militärstandorte der US-Armee in Deutschland waren entscheidend für die Vorbereitung und Durchführung des Kriegs gegen den Irak; die deutsche Bundesregierung gewährte Überflugsrechte usw.

³ Rede vom 15.3.2003

andere Kriege geführt werden. Die Friedensrhetorik hatte in diesem historischen Fall die Funktion, neoliberale Interessen durchzusetzen, die anderswo mit Gewalt oder Krieg durchgesetzt werden. Diesen Zusammenhang sichtbar zu machen ist ein wichtiges Moment des Anti-Kriegswiderstandes in Deutschland. Eine solche Perspektive verändert den Blick darauf, wie Antikriegswiderstand in einem „friedlichen Land“ im globalen Norden aussehen kann: Eine Politik gegen den Abbau des Sozialstaats hier, gegen Privatisierung und die Verschärfung der 'inneren' Kontroll- und Repressionspolitik ist ein wichtiges Moment des Widerstandes gegen Kriege anderswo, wenn sie es versteht, den Zusammenhang zum globalen Umbau gesellschaftlicher Prioritäten auf Profitinteressen, auf Technologieentwicklung und Wachstum, auf die restlose Ausbeutung der Ressourcen (menschlich und ökologisch) aufzuzeigen und wenn es gelingt, die damit verbundene Ermächtigung von neoliberalen Akteuren und transnationalen Konzernen sichtbar zu machen und anzugreifen.

Kriegszustand – Normalzustand

„Krieg besteht nicht nur in tatsächlichen Kampfhandlungen, sondern in einem Zeitraum - das ist der Kriegszustand ... Der Zeitraum bezeichnet also den Zustand und nicht die Schlacht“⁴. Es reicht daher in einem Land wie Deutschland nicht, zu analysieren, warum gerade in welchem Land Bomben fallen und welche Paramilitärs soziale Strukturen niedermetzeln, wer die größten Kriegsgeschäfte tätigt und welche Militärhaushalte ausgebaut werden. **Denn der Frieden hier ist Teil des Kriegszustandes woanders - und eben nicht seine Auflösung.**

Krieg beginnt nicht mit dem Griff zu den Waffen. Er wird in der Normalität bereitet - in strukturellen und globalen Polarisierungen. Ungleichheiten und Ausschlüssen; in medialen und politischen Diskursen, in den persönlichen Denkweisen, die die eigene Normalität als einzige und einzig richtige Wirklichkeit sehen, in der Ausblendung und Verleugnung

⁴ Michel Foucault: In Verteidigung der Gesellschaft, Ffm 2001 .

anderer Wirklichkeiten. Rassismen, Sexismen⁵, das Prinzip der Überlegenheit über andere -Normalzustand?

Die *ganz normalen* patriarchalen Verhältnisse sind eine Basis für Militarisierung und Krieg. Die systematische Nichtbenennung ist Reproduktion von Herrschaft. Die Idee, dass Krieg überhaupt eine Lösung sein kann, ist in den Köpfen, in den Gedanken und in der hiesigen Normalität verankert. Daher ist es wichtig, eine Politik zu entwickeln, die diese Normalität als Basis für die globale Kriegsdynamik in den Blick nimmt und systematisch in politische Strategien mit einbezieht.

Viele neue Kriege - immer zwei Geschlechter

Ob *Low-Intensity* Kriege in Lateinamerika. ob der globale Krieg um Hegemonie unter dem Etikett *Krieg gegen Terror*, ob Kriege in ethnisierter Form, wie beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien, so unterschiedlich die neuen Kriege sind, sie alle haben eine wesentliche, kaum wahrgenommene Realität: sie nutzen patriarchale Geschlechterverhältnisse und sie stellen sie her. In allen Kriegen sind Vergewaltigungen Kriegssystem. Überall dort, wo Verhältnisse militarisiert werden, verschärfen sich noch einmal polarisierte Geschlechterbilder und -hierarchien: Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigungen, Prostitution, Frauenhandel und Frauenverachtung nehmen zu. Der Irak-Krieg, der als beendet gilt, hat aus dem Land eine „No-woman-zone“⁶ gemacht: 80 % der Mädchen gehen nicht mehr in die Schule aus Angst vor Gewalt, Vergewaltigungen und Entführung; Frauen und Mädchen werden verkauft und ermordet. Die us-amerikanische Besatzungsmacht im Irak ignoriert dies nicht nur. sie fördert dies: Trotz des Wissens darum,

⁵ Gewalt gegenüber Frauen, bzw. denjenigen, die den polaren, heteronormativen Geschlechtervorstellungen nicht entsprechen, z.B. Hermaphroditen, Transgender, Lesben.

⁶ Yanar Mohamad (Organisation der Freiheit von Frauen im Irak) in: *Forward-Brief* v. 14, 10.9. 2000

arbeitet sie mit frauenverachtenden politischen Gruppen und Stammesführern gezielt zusammen, um ihre Macht zu festigen: Der Preis dafür ist die Freiheit der Frauen" Das funktioniert, weil Frauen strukturell zum Schweigen gebracht sind. Doch es geht nicht allein um Frauen. Krieg und Kriegsdiskurse bauen auf der Ausblendung und Verleugnung von Wirklichkeiten und anderen Möglichkeiten auf. Dies geschieht immer wieder durch die Schaffung polarisierter Geschlechtercodes und -realitäten.

Das strategische Schweigen: Geschlechterverhältnisse und Krieg

Geschlechterverhältnisse organisieren ein strategisches Schweigen. Dieses bildet eine wesentliche Voraussetzung für Krieg und Militarisierung.

Geschlechterverhältnisse im Zusammenhang mit Krieg zu benennen, heißt in der Regel, Frauen als mittelbare und unmittelbare Opfer von Kriegen, von Gewalt und von Kriegsfolgen sichtbar zu machen. Weit weniger selbstverständlich ist es, die Geschlechterverhältnisse als grundlegendes Moment von Krieg, Militarisierung und Kriegslogik zu fassen. Auch in der Anti-Kriegsbewegung taucht dieses Gewaltverhältnis höchstens als Neben-Sache auf: als "Frauen-als-Opfer" oder "FrauenundKinder-als-Opfer". In dieser Sichtweise bleiben Frauen Objekte, die Hierarchisierung wird fortgeschrieben.

Dies ist kein Zufall, sondern ein Symptom. In der feministischen Ökonomie wurde es als "strategisches Schweigen" (Bakker 1994) bezeichnet und gezeigt, wie dieses Schweigen in ökonomischen Konzepten verankert und angelegt ist. Es lässt die Bereiche der Reproduktion, in denen nach wie vor hauptsächlich Frauen tätig sind und die einen großen Teil der weltweiten Arbeit und des Reichtums ausmachen, immer wieder aus dem Denken und aus den Theorien herausfallen - entgegen allen Beteuerungen, dass es notwendig sei, sie einzubeziehen.

Das Schweigen schließt ein spezifisches Reden mit ein.

Das Beispiel Afghanistan macht es deutlich. Zivilisation versus Barbarei - dieser Dualismus hat den Krieg gegen Afghanistan in

Deutschland als Lösung plausibel gemacht. Dies gipfelte in der Festschreibung einer kulturellen Überlegenheit des Westens gegenüber dem Islam, wie dies beispielsweise der italienische Regierungschef Berlusconi bei seinem Besuch in Berlin sagte. Ein Argument, das diesem Dualismus nicht nur unter KriegsbefürworterInnen sondern auch unter KriegsskeptikerInnen breite Zustimmung garantierte, war die Unterdrückung von Frauen in Afghanistan. Die Legitimierung des Kriegs in Deutschland funktionierte - zugespitzt gesagt - über die Bilder der Unterdrückung von Frauen. Die öffentliche Zustimmung zum Krieg war die Zustimmung zur „Befreiung der Frauen" - natürlich im Sinne der Herstellung der Geschlechterhierarchie westlicher Couleur. Doch niemals waren Probleme und Rechte der afghanischen Frauen der Maßstab, es waren u.a. geostrategische Interessen, es waren die Interessen der Regierungen der sog. Anti-Terror-Allianz. Das ist heute kaum mehr zu verleugnen. Aber es fragt auch niemand mehr nach der Situation von Frauen in Afghanistan!

Frauen sind und bleiben politische Verschiebemasse, solange ihre Standpunkte an den entscheidenden Stellen nicht zählen. Und das tun sie nicht, solange die patriarchalen Geschlechterverhältnisse mit ihren Wertigkeiten und hierarchischen Arbeitsteilungen bestehen. Erst eine konsequente Einbeziehung der Standpunkte von denen, die unter widrigsten Bedingungen, unter Kriegsbedingungen, unter den destruktiven Bedingungen des globalen Neoliberalismus für das Überleben sorgen, würde Kriege und Profitpraxen delegitimieren. Das sind die Standpunkte von „Frauen" nicht qua biologischem Geschlecht, sondern es sind Standpunkte derer, die aufgrund bestehender Arbeitsteilungen und Zuständigkeiten noch immer mehrheitlich jene Positionen inne haben, die sie am härtesten mit den negativen Konsequenzen der Wirtschafts- und Kriegspolitik konfrontieren. Das sind oft und mehrheitlich - wenn auch nicht ausschließlich - Frauen. Denn zu Kriegen und Militarisierung gehört auch das Schweigen über Traumata, das Schweigen über die psychischen und physischen Folgen von Kriegen, das Schweigen über den Kriegsall-

tag - ob von Soldaten oder von Flüchtlingen, von Frauen usw.

Damit Krieg als Lösung plausibel erscheint, müssen diese Standpunkte ausgeblendet bleiben. Diese Innenseiten von Kriegen müssen in den Erzählungen, der Berichterstattung, der offiziellen Geschichtsschreibung von Kriegen außen vor bleiben. Und d.h. auch, dass sie letztlich auch im öffentlichen Bewusstsein über Kriege und Militarisierung kaum präsent sind. Nur so bleibt auch die Überzeugung richtig, dass der Status quo der westlichen Länder einfach fortgeschrieben werden kann.

Diese gesellschaftlichen Selbstverständnisse müssen hinterfragbar gemacht werden. In Israel beispielsweise - so berichten feministische AntikriegsaktivistInnen von dort - geht es u.a. darum, das gesellschaftliche Selbstverständnis „Sicherheit kann durch Militär gewährleistet werden“ hinterfragbar und Alternativen denkbar zu machen. Dabei sind es nicht nur die Diskurse und die persönlichen Denkweisen, die sich verändern müssten. Es ist immer auch die Frage danach, wie sich solche Selbstverständnisse (und mit ihnen das Verschwinden von Alternativen) strukturell und institutionell verfestigt haben.

Kriegslogik und Polarisierung: Vom Gebrauchswert der Pole „Männlichkeit-Weiblichkeit“ für die Militarisierung von Gedanken und Wirklichkeiten

An verschiedenen Beispielen soll im folgenden gezeigt werden, wie auf Geschlechterverhältnisse zurückgegriffen wird, wie diese genutzt und hergestellt werden, um den Boden für Militarisierung und Krieg zu bereiten. Die These ist: Geschlechter-Polarisierungen bereiten den Weg in unterschiedliche Kriegszustände.

„Männlichkeit - Weiblichkeit“ verhindern Alternativen zu Militarisierung und Krieg

Die geschlechtsspezifischen Diskurse, die geschlechtsspezifischen Bewertungen, die gesellschaftlich akzeptierten Polarisierungen zwischen Männlichkeit einerseits und Weiblichkeit bzw. Nicht-Männlichkeit andererseits sind der Boden dafür, dass die zerstörerischen, die konkreten Seiten von Kriegen und

Militarisierung gesellschaftlich immer wieder ausgeblendet und zum Schweigen gebracht werden. „Argumente“ gegen Krieg und Militarisierung können immer wieder darüber ausgehebelt werden, indem sie auf den Boden einer geschlechtsspezifischen Zuordnung und Bewertung gestellt werden. Dies kann genau deshalb funktionieren, weil Zweigeschlechtlichkeit und die damit einhergehenden Auf- und Abwertungen so tief in unserer Normalität und auch in unseren Köpfen verankert ist, dass immer und jederzeit auf sie zurückgegriffen werden kann.

Stellen wir uns folgendes Szenario vor: Männliche Atomphysiker sitzen zusammen und debattieren nukleare Angriffsstrategien. Dabei geht es um die Frage, wie Tote bzw. Kollateralschäden (immediate fatalities) verringert werden können. Sie finden heraus, dass es durch eine kleine Veränderung ihrer Strategie anstatt 36 Millionen nur 30 Millionen Tote gibt. Alle sitzen da und nicken: „Ja das ist super, nur 30 Millionen“. (And everybody was sitting around nodding, saying „Oh yeah. that's great. only thirty million“) Da bricht es aus einem der Atomphysiker heraus: „Hey hört Ihr eigentlich was Ihr da sagt — worüber wir gerade reden, es geht um Menschen - 30 Millionen tote Menschen“ Seine Erfahrungen formulierte er darauf folgendermaßen: „Dann herrschte totales Schweigen, niemand sagte etwas, sie guckten mich nicht einmal an... es war schrecklich. Ich fühlte mich wie eine Frau.“⁷ Der Ausbruch des Physikers und das Benennen der konkreten menschlichen Seite des Kriegsszenarios passten nicht in das professionelle Setting der Atomphysiker. Es hatte aber nicht nur keinen Platz, sondern vielmehr diskreditete es die Position und den Ruf desjenigen, der

⁷ Das Beispiel und die Zitate stammen aus Carol Cohn: „Wars, Wimps and Women: Talking Gender and thinking war“, in Miriam Cooke/Angela Wool-lacott (ed): Gendering War Talk. Princeton University Press, Princeton 1993. Carol Cohn war teilnehmende Beobachterin in Strategierunden von den Experten, die die US-Regierung zu „nationalen Sicherheitsangelegenheiten“ beraten und als sog. Think Tanks Strategien und Szenarien für nukleare Angriffe usw. ausarbeiten. Sie hat an sog. Planspielen teilgenommen, informelle Gespräche aufgezeichnet und Interviews gemacht.

solche Seiten zur Sprache bringt. Es stellt seine Kompetenz und Professionalität komplett infrage. „Ich habe sowas nie wieder gesagt“, sagte der betreffende Atom-Physiker in einem Interview.

Dies ist beileibe kein zufälliges, vereinzeltes oder beliebiges Beispiel. Die Bewertung von Geschehnissen auf dem Boden von Geschlechterverhältnissen ist eine tragende Säule von Kriegskultur und von Kriegslöge. Damit können politische Konzepte, damit kann das Verhalten einzelner diskreditiert werden: Der Geschlechterdiskurs funktioniert hier als Bedrohung vor Ausschluss, davor, „sich lächerlich“ zu machen, inkompetent zu sein. Es geht dabei nicht allein um konkrete Männer und Frauen. Über den Geschlechterdiskurs mit seiner zwei geschlechtlichen bzw. vergeschlechtlichten Bewertungsstruktur werden bestimmte Denk- und Verhaltensweisen delegitimiert und zum Schweigen gebracht. Darüber nämlich, dass bestimmte Verhaltens- und Denkweisen mit der „Schwuchtel-Seite“ (wimp) oder „Miezen-Seite“ (pussy) in Verbindung gebracht werden. Die zentralen Schimpfwörter unter männlichen Jugendlichen auf den Straßen Berlins sind „Schwuchtel“, „schwul“, „Opfer“. Damit nicht in Verbindung gebracht zu werden, bloß nicht in den Verdacht zu kommen, mit dieser Seite assoziiert zu werden, bestimmt daher das Verhalten vieler männlicher Jugendlicher.

Anders gesagt: „To beat the Wimp-Factor“ ist ein wichtiger organisierender Faktor des Sozialen - sowohl in der Politik von Militarisierung und Kriegen als auch in dem persönlichen Verhalten. Beispiele lassen sich zahlreiche finden, im Alltag ebenso wie in politischen Diskursen: So war „Euro Fags“ der Kommentar zur Kritik Europas an der Bombardierung Lybiens, so wurde Carters Politik gegenüber der Sowjetunion mit dem Kommentar belegt: „Under Jimmy Carter the United States is spreading its legs for the Soviet Union“ oder es wurde vor dem ersten Golfkrieg gefragt „Does George Bush have the Stones for war?“ Geschlechterdiskurse, -codes und -Bewertungen funktionieren so immer wieder, um antimilitaristische Perspektiven zu diskreditieren - in-

dem sie als präventives Abschreckungsmittel (preemptive deterrent), als internalisierte Selbstzensur oder auch als vorbeugendes Mittel fungieren, um Einwände oder Alternativen zu verhindern.

Transformationen zum Krieg - immer geschlechtsspezifisch ?!

Kriege brechen nicht einfach aus. Krieg ist die Eskalation einer Normalität, die in einzelnen Transformationen sichtbar gemacht werden kann, wie zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien. Männer greifen zu stärkeren Worten, sie rotten sich zusammen, sie greifen zu den Waffen, sie vergewaltigen. Frauen militarisieren sich anders: Sie fangen an Nationalgerichte zu kochen, sie sind stolz auf ihre „starken“, kompromisslosen, und d.h. „männlichen“ (!) Söhne und Ehemänner etc., sie quatschen nicht mehr mit den ethnisch- anderen Nachbarinnen. Geschlechtsspezifische Wege zum Krieg - ein Pendant, ohneinander nicht denkbar,

Es geht um die Herstellung von Homogenität einerseits und die Herstellung „des Anderen“ mit (zunehmender) Gewalt, die Ächtung des „Anderen“ bis zur Vernichtung andererseits. Wie so etwas gesellschaftsfähig wird, zeigen feministische Aktivistinnen aus dem Kosovo. So schreiben die Frauen in Schwarz: Die in der Normalität verankerten Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit sind eine Voraussetzung für die Entstehung von Kriegen. Sie sind die Basis für die Transformationen hin zum Krieg. Aus Ethnizität wird nationalistisches Bewusstsein, aus nationalistischem Bewusstsein wird Krieg. Diese Transformation ist ohne das Patriarchat, in dem die Idee „des Anderen“, die Polarität und Abwertung bereits strukturell verfestigt und nahegelegt ist, nicht denkbar. Die polarisierte, hierarchische Zweigeschlechtlichkeit, Männlichkeit und Weiblichkeit - als Bilder, als Selbstentwurf sind wesentliche Mobilisierungsfaktoren für Kriege und Militarisierung. Sie sind das Gleitmittel, mit dem sich die Transformationen zum Krieg mühelos vollziehen, das ein Klima von ethnischen Hass, der Krieg (Vernichtung und Unterwerfung „des

Anderen") als Lösung legitimiert, nahelegt, ausbreitet⁸.

Gewaltexzesse -wie Krieg - sind ohne die Verankerung von Hierarchie und Gewalt, von Unterwerfung und Abwertung ALS Normalität nicht verstehbar, erklärbar, denkbar und daher auch nicht fundamental zu verhindern. Es geht darum, diese „Normalität“ zu hinterfragen und ihr etwas entgegenzusetzen. Das heißt immer auch deutlich zu machen, dass in dieser „Normalität“ vieles unterdrückt wird, nicht sein darf und zu verstehen, wie Alternativen zu Militär und Krieg gesellschaftlich undenkbar gemacht werden.

Geschlechter-Polarisierungen und -hierarchien sind somit ein wichtiges Gleitmittel für die Transformation zu Gewalt und Militarisierung:

„Kriege zielen auf die Herstellung, Restauration und auf die Kontrolle von Ungleichheiten. „Sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Repression gegen Frauen ist ein konstitutives Element zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung einer auf Autoritarismus, Gewalt, Kontrolle und Exklusion basierenden lokalen Ordnung.“⁹

- Geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Bewertungen tragen dafür Sorge, dass die Reproduktion unsichtbar erledigt wird. Damit sind wichtige Voraussetzungen für den Wahnsinn der Profit- und Kriegsmaschinerie bereitgestellt, ohne dass sie an den *entscheidenden* Stellen zählen.

Die Naturalisierung von Zweigeschlechtlichkeit garantiert, dass jederzeit komplementäre Männlichkeiten und Weiblichkeiten aufgerufen werden können. Als Bilder, als

⁸ Stasa Zajovi (Women in Black): War, Feminism and Antimilitarism. Warning Signs of Fundamentalism, London Nov. 11 th-14th, 2003

⁹ Matilde Gonzales: Nachhaltig zum Schweigen gebracht. Paramilitarismus, Gewalt und Geschlecht in Guatamelala; in: Azzellini u.a. (Hg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin 2003.

rufen werden können. Als Bilder, als Selbstentwürfe sind diese wesentliche Faktoren für die Mobilisierung zu und für die Legitimierung von Krieg, Militarisierung und Gewaltanwendung: Ob die *Befreiung der Frauen* in Afghanistan, ob die inszenierte Befreiung einer US-Soldatin durch männliche US-Soldaten im Irak-Krieg, zuverlässig kann auf Geschlechterstereotype zurückgegriffen werden

Anforderungen an Antikriegspolitik im globalen Norden: Leicht gesagt und schwer getan: Revolutionieren wir unsere eigene Lebensweise

Linke Antikriegspolitik in Deutschland diskutiert Geschlechterverhältnisse - wenn überhaupt - lediglich als Exzess, als Kriegsfolge, als Nebeneffekt und macht sie so zur Frauensache. Dies sind sie nicht. Mit dem Schweigen über die Geschlechterverhältnisse - und das meint auch das geschlechtsneutrale Reden über geschlechtsspezifische Verhältnisse - verschwinden nicht nur die Frauen aus dem Bild, sondern ganze gesellschaftliche Bereiche und Fragen fallen damit aus der Skala der politischen Wichtig- und Wertigkeiten. Die Frage nach dem Alltag wird systematisch ausgeblendet. Die Frage danach, wie Menschen (vielfach Frauen) das Leben und die Reproduktion in einem sozial und ökologisch zerstörten Land organisieren, hat wenig spektakuläres. Privatsache, unpolitisch. Auch der Kriegsbegriff der Linken reproduziert mit dem Fokus aufs Militärische – Bomber, Bomben, Soldaten, Kämpfe, Kriegsgeschäfte, Militärhaushalte - diese Wertigkeiten und Koordinaten. So wird eine Normalität fortgeschrieben, in der die Herstellung patriarchaler Geschlechterverhältnisse als zentrales Moment des Kriegszustands unsichtbar und unfassbar bleibt.

Was aber hieße es, den feinen Momenten der Herstellung des Kriegszustandes auch hierzulande Beachtung zu schenken? Sozialkürzungen - Konkurrenz - Existenzängste: Was bedeutet es. in einer Gesellschaft zu leben, in der die eigenen Handlungsmöglichkeiten strukturell und konkret immer mehr auf der individuellen Überlegenheit über andere basieren? Was macht das mit den Sinngebungen und Lebensentwürfen? Was macht das mit den Hoffnungen und Fantasien, mit unseren sozia-

len und politischen Bezügen? Kein Blut für Öl! -Kein Blut für Handys¹⁰? Was bedeutet es, in einem Überentwicklungsland zu leben, in dem die Lebensweise auf dem Zugriff und auf der Kontrolle der Ressourcen anderswo basieren? Dass konkrete Geschlechter- und Lebensverhältnisse hierzulande oftmals aus dem Antikriegswiderstand ausgespart bleiben, hat sicher auch den Grund, dass sie nahe gehen: nah an die eigene politische Substanz, nah an das eigene Leben, an die eigene Lebensweise und an die individuellen (vergeschlechtlichten) Selbstverständnisse und Gewissheiten.

Für feministische Antikriegspolitik im globalen Norden stellt sich die schwierige Frage, was es heißt, den Satz ernst zu nehmen, dass die Befreiung auf Kosten anderer ein Moment der eigenen Unterordnung ist.

Kontakt: Antipatriarchales
Netz/Ariane Brensell,
brensell@zedat.fu-berlin.de
Antipatriarchal.net.berlin@web.de

Keine Komplizinnen

von Ariane Brensell und Waltraud Schwab

Der Zusammenhang zwischen Krieg und Geschlechterverhältnissen ist komplex. Ihn auf ein Slogan wie "Der Krieg ist männlich" zu reduzieren, verkennt welche Chance in einer Betrachtung der gegenwärtigen politischen Situation unter Einbeziehung der Geschlechterverhältnisse liegt. Damit nämlich eröffnet sich ein kritischer Blick auf den vorherrschenden Argumentationskontext, in dem Krieg als einzige Lösung erscheint. Es geht jedoch um Alternativen.

Die politische Reaktion einiger westlicher Länder auf die Terroranschläge in New York ist Krieg. Frauen, die sich nach den Terroranschlägen in den USA kritisch zu Wort gemeldet haben, darunter Susan Sontag, A-

¹⁰ Coltan ist ein seltenes metallisches Element, das für Mobiltelefone gebraucht wird, 80% der Weltproduktion stammen aus dem Kongo. Die Rohstoffplünderung durch transnationale Firmen ist ein

rundhati Roy oder Saskia Sassen, sind hingegen dafür eingetreten, die Ereignisse nicht auf Fragen von Terror und Terrorbekämpfung zu reduzieren. Statt dessen fordern sie, dass der 11. September im Zusammenhang gesehen werden muss mit der Politik der Wirtschaftsnationen und dem Blutzoll, den diese in den meisten Ländern der Erde fordert. Damit aber wurden die Anschläge auf das Welthandelszentrum und das Pentagon und die am 7. Oktober begonnene militärische Vergeltung in Afghanistan von den Kritikerinnen jenseits des Kontextes analysiert, in den sie von den Regierungen der Industrieländer, vornehmlich den USA, gestellt wurden. Wer aber den Kontext durchbricht, durchbricht auch den Konsens. Genau an diesem Punkt beginnt für Kriegsdemagogen die kritische Zone. Niemand soll daran zweifeln, dass Krieg Probleme lösen kann. Was dies für eine Gesellschaft heisst, hat Susan Sontag in ihrem Beitrag vom 15.9. auf visionäre Weise pointiert, als sie schrieb: "Lasst nicht zu, dass wir uns gemeinsam der Dummheit ergeben."

Zivilisation, Barbarei und Frauen

Die USA haben die Attentate auf das Welthandelszentrum und das Pentagon zur Kriegserklärung erklärt. Neben der Definitionsmacht in Bezug auf die Frage 'Wann Krieg ist', 'Gegen wen Krieg geführt wird', 'Wann ein Krieg Erfolg ist' und 'Wann er beendet ist', haben die USA aber ebenso die Legitimationsmacht in Bezug auf die Frage für sich in Anspruch genommen. Ein leicht nachvollziehbares Szenario, in dem die Definition von der guten Seite, die schlechte impliziert, wird dafür herangezogen, wie die Literaturwissenschaftlerin Marianne Schuller und ihr Kollege Volker Kaiser zeigen. Bezogen auf die Terrorakte am 11. September schreiben sie: "Als Angriff gegen die gesamte (westliche) Zivilisation gedeutet, stellt sich unweigerlich Gegenfigur in Gestalt des Unzivilisierten ein. Als Folge dieser Deutung wird Amerika nicht nur zum Inbegriff der zivilisierten Welt, sondern es ist aufgefordert und legitimiert, den Kampf Unzivilisation zu führen". Zivilisation versus Barbarei - dieser Dualismus macht Krieg als Lösung plausibel. Wem in diesem Szenario die gute, wem die schlechte Seite zugedacht ist, brachte der italienische Regierungschef Berlusconi auf den Punkt. Zum Entsetzen vieler Menschen nämlich verkündete er öffentlich die kulturelle Überlegenheit des Westens gegenüber dem Islam.

Ein Argument, das diesem Dualismus und der daraus ableitbaren militärischen Vergeltung breite Zustimmung nicht nur unter Kriegsbefürwortern sondern auch unter Kriegskeptikerinnen garantiert und das plötzlich ins Spiel gebracht wurde, ist der Umgang mit Frauen in Afghanistan. Die Situation der Afghaninnen, die zu Gefangenen im eigenen Land wurden, wollten Feministinnen bereits zur Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 berücksichtigt sehen. Von politischer Seite aber waren die Menschenrechtsverletzungen an Frauen durch die Nordallianz und später die Taliban für die westlichen Länder niemals ein Anlass zum politischen oder gar militärischen Eingreifen.

Es irritiert, wenn heute aber von Politikern und Kommentatoren auf das Schicksal der Afghaninnen verwiesen wird, um dem Krieg eine menschenrechtliche Legitimation zu verleihen. Wird zudem berücksichtigt, dass nach Zahlen der UNO von 1990 mittlerweile circa 90% der Opfer jedes Krieges Zivilisten, meist Frauen, Kinder und alte Leute sind, wird dieses Argument erst recht zur Farce.

Krieg, Alltag und Frauen

Es ist den Politikern in den USA daran gelegen zu behaupten, dass ihre Kriege saubere Kriege sind und dass in ihrem Krieg nahezu keine Zivilisten ums Leben kommen. Sind Flüchtlinge, die wie in Afghanistan tausendfach an Unterernährung, mangelnder Hygiene, Krankheit, Vertreibung, Verletzung durch Minen oder Unterkühlung sterben, keine Kriegsoffer, weil sie nicht direkt im Bombenhagel stehen? Die USA haben in Afghanistan die geächteten Streubomben abgeworfen. Unmittelbare Tote sind Kollateralschäden. Mittelbare Opfer, die bei Detonation der vielen Blindgänger erst nach den Kriegshandlungen getötet werden, sterben bei 'Unfällen'. Es stellt sich daher die Frage, ob Krieg nicht da gedacht werden muss, wo er bisher übersehen wurde: Im Alltag. Auch im Nachkriegsalltag.

Alltagspraxis und Lebenssicherung sind Bereiche, die bis heute weltweit geschlechtsspezifisch organisiert sind. Frauen sind nach wie vor für die Reproduktion, die Erziehung, vielfach ebenfalls für die Ernährung und Alltagsicherung der Kinder und Familien zuständig. "Sorgeökonomie" lautet der Fachbegriff der UNO. Eine Frauen-Domäne.

Das alltägliche Überleben zu organisieren hat für Frauen auch im Krieg oberste Priorität. Damit aber orientiert sich ihr Handeln bereits jenseits aller Kriegslogik. Statt Terror und Krieg rücken vom 'Frauenstandpunkt' aus Verteilung und Gerechtigkeit ins Blickfeld. Hier aber liegt ohnehin viel im Argen. Denn wenn Verteilung nicht nur geschlechtsneutral, sondern auch geschlechtsspezifisch untersucht wird, pointiert dies die ungerechte Weltordnung zusätzlich. Zwei Drittel der Armut der Welt trifft Frauen. Zwei Drittel der Frauen der Welt sind Analphabetinnen. Zwei Drittel der Arbeit der Welt wird von Frauen geleistet. Mit diesen Zusammenhängen im Blick, werden andere Fragen an die Politik wichtig.

Krieg und Geschlechterhierarchien

Feministische Militärsoziologinnen wie Ruth Seifert haben zudem den Zusammenhang zwischen militärischer Ideologie und der Abwertung von Frauen herausgearbeitet. Dabei spielt die Produktion von geschlechtsspezifischen Stereotypen eine tragende Rolle. Emotionalität ist weiblich, Rationalität ist männlich. Gefühl verliert, Härte siegt. Nur so ist militärische Hierarchie möglich.

Die Schröder-Roth-Parabel macht dies deutlich. Wie Mary Robinson, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, forderte die Parteichefin der Grünen, Claudia Roth, eine Feuerpause, damit die afghanische Bevölkerung humanitär versorgt werden kann. Von Schröder wurde sie daraufhin als 'Heulsuse' verunglimpft. Als Nicht-Militärexpertin könne sie den Ernst der Lage nicht richtig beurteilen. Während Schröder von den Medien zum Staatsmann erkoren wurde, als er seine Betroffenheit beim Besuch von zeigte, wird sie verhöhnt, weil sie vom Flüchtlingselend angerührt ist. Roth bietet auf mehrfache Weise ein Beispiel dafür, dass unter Kriegsbedingungen Geschlechterbilder verstärkt werden.

Die Friedensforscherin Astrid Albrecht Heide geht in ihren Arbeiten zum Verhältnis von Militär und Geschlecht noch weiter. Sie zeigt, dass Militär als 'direkter Ausdruck patriarchaler Gewaltverhältnisse' gefasst werden muss. Damit verbunden ist eine 'Ramboisierung des Alltags', wie Maria Mies, eine der Pionierinnen der feministischen Bewegung, sagt. Die Situation in Afghanistan ist dafür ein Beispiel.

Erst die Kriege der letzten zwei Jahrzehnte im Land - Stellvertreterkriege der Großmächte übrigens - bereiteten den Boden für die Durchsetzung einer rigiden Geschlechterordnung, die Frauen das Recht auf Bildung, Gesundheit und Selbstversorgung abspricht. Obwohl der "Krieg gegen Terror" zumindest bewirkte, dass das Leid der Afghaninnen hierzulande in den Blick von Medien und Politik gerückt ist, wird nur blindes Vertrauen in die Kriegslogik in einem nun unverschleierte Gesicht einer Frau die Bestätigung dafür entdecken, dass Krieg die Frauen befreie.

Kriegsgeschäfte – Frauenkörper

Die geschlechtsspezifischen Dimensionen von Krieg sind damit jedoch noch nicht ausgeschöpft. Auch der Körper der Frau ist ein Gegenstand. Denn selbst wenn Vergewaltigung von Frauen im Krieg nun am Den Haager Strafgerichtshof als Verbrechen gewertet wird - was die Taliban und die Nordallianz wie die UNO berichtet, wenig beeindruckt - wird Sex zum Zwecke der Soldatenbefriedung auf mehrfache Weise auch in Afghanistan eine Rolle spielen. Vergewaltigung ist nur eine Facette. Prostitution eine andere.

Die jahrelange Präsenz westlicher Militärs in Indochina zeigt beispielhaft wie in der Region Prostitution und Frauenhandel als lokale Ökonomien etabliert wurden. Die Erträge, die damit erzielt werden, sind beträchtlich, vergleichbar denen im Drogenhandel. Frauen ziehen daraus den geringsten Profit. Auch in Afghanistan wird sich ein solcher Markt herausbilden können. Krieg ist Geschäft. Eins davon ist das mit Frauen.

Widersprüche

Wer die Geschlechterverhältnisse bezogen auf die Situation seit dem 11. September in seine Reflexion über den Krieg einbezieht, weist demnach auf Widersprüche in der Argumentation der Regierungen hin, die Krieg als Lösung gewählt haben. Diese aber sollen unaufgedeckt bleiben, da sie dem Image und Selbstbild der westlichen Länder schaden und ihren politischen Sendungsauftrag bloßstellen würden.

Ist damit zu erklären, warum Feministinnen der westlichen Länder, die sich kritisch zum Krieg und zur Politik der USA geäußert haben, gar mit Strafverfolgung rechnen müssen, wie die kanadische Professorin Sunera Thobani oder lächerlich gemacht werden wie

beispielsweise die us-amerikanische Schriftstellerin Barbara Kingsolver. "Sämtliche Schimpfwörter, die im Lexikon stehen, wurden mir nachgeschrien", sagt sie. "Verräterin, Sünderin, Blauäugige, Liberale, Peacenik, Jammerlappen." Aber Alternativen zum Krieg vorzuschlagen, ist mitnichten naiv.

Ist so auch zu verstehen, dass Abtreibungskliniken in den USA - wie im Boston Globe vom 17.10. zu lesen war - bereits seit 1998 mit Briefen attackiert werden, die angeblich Anthrax enthalten, ohne dass die Terrorbekämpfer und die Medien davon aufgeschreckt wurden. Die Briefe tragen die Handschrift christlicher Fundamentalisten.

Erklärt dies auch, warum die Konferenz über die Zukunft in Afghanistan auf dem Petersberg bei Bonn allergrößte Aufmerksamkeit der Medien erhielt, wohingegen die zeitgleich stattfindende Frauenkonferenz zu Afghanistan in Brüssel für die deutschen Medien lediglich eine Agenturmeldung wert war? "Ohne Frauen keine Zukunft in Afghanistan" sagte Mary Robinson bei der Eröffnung.

Ist damit ebenso zu begreifen, warum Vertreterinnen der von Pakistan aus agierenden afghanischen Frauenorganisationen "RAWA" oder "Afghan Women Council" - es waren jahrelang die wichtigsten Akteurinnen im Widerstand gegen das Taliban-Regime - bei den Gesprächen um die neue Regierungsbildung in Afghanistan nur nach massivem Druck einbezogen sind? Diese Frauenorganisationen waren es, die in Afghanistan im Untergrund Schulen und Gesundheitsversorgung für Frauen und Mädchen organisiert haben, die Gewalt gegen Frauen dokumentiert und humanitäre Hilfsprogramme durchgeführt haben.

Welchen Einfluss Frauen generell in der zukünftigen politischen Entwicklung des Landes haben werden, wird kritisch zu beobachten sein, zumal bei den Gesprächen der Afghankonferenz auf dem Petersberg nicht bestimmt wurde, ob Scharia oder weltliches Recht die Grundlage der Judikative sein wird.

Alternativen

In der ersten Regierung nach der Gleichstellung der Frauen in Afghanistan 1964 waren Frauen in hohen Positionen vertreten. Zwanzig Jahre Krieg haben diese Zeiten des Landes vergessen gemacht. Warum aber wird

auch heute an der fundamentalistischen, misogynen Nordallianz und damit den zur Nordallianz übergelaufenen Taliban als Vertreter einer neuen Regierung festgehalten? Die Vermutung liegt nahe, dass diese Gruppen auch weiterhin als bessere Statthalter der Interessen der westlichen Welt und Pakistans gelten. Warum? "Um den internationalen Konsortien Zugang zu Bodenschätzen, darunter riesige, bisher kaum erschlossene Erdgas- und Erdölreserven, auf afghanischem Gebiet sichern", meint die in Berlin lebende Soziologin und Exil-Afghanin Mariam Notten.

Sicher geht es nicht nur um Öl, denn dies lässt die Terroranschläge unberücksichtigt. Die Bekämpfung des Terrors aber ist ebensowenig alleiniger Grund des Krieges. Dafür wären andere Maßnahmen sinnvoller.

Um Terror und Krieg zu verstehen, muss die globale Weltordnung, in der der Zugang zu Ressourcen und Lebensmöglichkeiten ungleich verteilt ist, in den Mittelpunkt der Kritik rücken. Denn dies schüre den Hass, sagt auch die marokkanische Feministin und Schriftstellerin Fatema Mernissi. In einem Interview, das am 4.11. im ARD gesendet wurde, berichtet sie von einem Herrn Keller, Vertreter des transnationalen, us-amerikanischen Erdölkonzerns UNOCAL, der in Afghanistan agierte. Mr. Keller sei wegen der Pipeline seiner Firma über den damaligen Sieg der Taliban 1996 sehr erfreut gewesen, erzählt sie und bezogen auf die gegenwärtige Situation führt sie aus: "Der Angriff, die Gewalt gegen New York bedeuten folgendes: Mr. Keller teilte den Planeten in zwei Hälften. In einen Teil des Planeten, in dem die Frauen geschützt waren, seine Tochter und seine Frau. Geschützt durch Gesetze. Und im anderen Teil des Planeten unterstützte Mr. Keller Kriminelle, die Frauen angriffen und ihre Rechte zerstörten. Für ihn war diese Grenze etwas ganz Natürliches. Jetzt haben uns die Terroristen in einem Blutbad aufgezeigt, dass diese Barriere, die die Welt in zwei Zonen aufteilt, in eine, in der die Gewalt erlaubt, und in eine, in der sie verboten ist, nicht haltbar ist. Das glaube ich, ist die größte Lektion."

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy argumentierte in ihrem Kommentar zum 11. September in ähnlicher Weise, als sie auf die Katastrophe in Bhopal verwies. Einem 'Unglück' in einer amerikanischen Chemiefabrik

in Indien, bei dem 16.000 Menschen starben, ohne dass es Konsequenzen für die verantwortlichen Amerikaner nach sich zog. Der politische Aufschrei der westlichen Welt fehlte ebenso. Warum eigentlich? Weil die Normalität im Westen die Ausnahme ist, in vielen anderen Ländern aber ein Ausnahmezustand?

Die Frage von Außenminister Fischer im Bundestag, wie man den Terrorismus und die Taliban denn stoppen solle, außer mit Krieg, mit der er suggerierte, dass es zum Krieg keine Alternative gäbe, lässt sich also doch beantworten. Und zwar so: Durch Offenlegen der geopolitischen, strategischen und ökonomischen Interessen, durch Dialog, durch eine radikale Veränderung und Öffnung der Perspektive, durch die Einbeziehung der Standpunkte von denen, die für das Überleben sorgen, auch unter widrigsten Bedingungen und durch entsprechendes politisches Handeln. In diesem Zusammenhang werden Frauenstandpunkte wichtig, weil Frauen, aufgrund geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungen und Zuständigkeiten noch immer mehrheitlich jene Positionen inne haben, die sie am härtesten mit den negativen Konsequenzen der Wirtschafts- und Kriegspolitik konfrontieren.

Damit Krieg als Lösung plausibel erscheint, müssen diese Standpunkte ausgeblendet bleiben. Nur so bleibt auch die Überzeugung richtig, dass der Status Quo der westlichen Länder einfach fortgeschrieben werden kann. Feministische Ökonominnen sprechen daher von einem "strategischen Schweigen". Dieses Schweigen ist zu brechen.

THEMEN

Eindrücke aus Maxmur- Deutsche Ärztin im Irak braucht Unterstützung

Von Inge Von Alvensleben

Inge Von Alvensleben ist Kinderärztin und im Flüchtlingslager Maxmur im Nordirak als freiwillige Ärztin tätig.

Systematische Dorfzerstörungen, willkürliche Verhaftungen, Folter und Morde durch türkische Sicherheitskräfte zwangen 1993 an die 17.000 Kurdinnen und Kurden aus der Regi-

on Hakkari-Sirnak zur Flucht über die Grenze in den Nordirak. Aufgrund der knappen Möglichkeiten an Ärzteversorgung hat sich Inge Von Alvensleben entschieden, für eine unbefristete Zeit dort tätig zu sein.

"Bezüglich der Pläne des UNHCR, das Lager aufgrund des "Reuegesetzes" räumen zu lassen, sind die BewohnerInnen vom Camp Maxmur keineswegs bereit, unter den gegebenen Umständen in die Türkei zurück zu gehen. Der Bürgermeister hat bereits eine Erklärung im Namen der Bevölkerung abgegeben. Abgesehen davon ist von baldiger Räumung nichts zu spüren, eine UN-Organisation hat gestern Baumstecklinge verteilt (Obstbäume und viele Gemüsesorten brauchen leider im Sommer wesentlich mehr Wasser als da ist). Die Menschen sind bereit, erneut um ihren Platz hier zu kämpfen, auch wenn es keine Wasserlieferungen oder andere Versorgung geben sollte. Seit ihrer Flucht vor zehn Jahren aus dem Botangebiet (Türkei) haben sie schon mehrere Embargos und Angriffe erlebt, u.a. um sie von einem Ort zu vertreiben.

An der Stromversorgung wird gerade mal wieder gebastelt, angeblich soll es auch bald eine Internetverbindung geben. Wasser gibt es noch reichlich. Eine Stunde täglich aus dem Tank und ansonsten noch aus dem Brunnen - in den meisten ist allerdings kein Trinkwasser drin.

Inzwischen werden einige Lebensmittel, auch Gemüse und Obst, in kleinen Läden im Camp selbst verkauft, aber viele können sich diese nicht leisten. Die Grundversorgung durch UNHCR enthält weiterhin keine frische Nahrung und kaum Vitamine. (Monatlich erhalten die Bewohner des Lagers 9 kg Mehl, 2 kg Reis, 2 kg Zucker, 350 g Reinigungsmittel, 150 g Tee, 120 g Linsen, 1 kg Speiseöl, 250 g Milch und 2 Stück Seife.)

Viele Kinder sind zu klein und schlecht ernährt. Es ist schwierig ihnen das wenig abwechslungsreiche Essen schmackhaft zu machen.

Ins „Krankenhaus“ kommen immer noch drei ÄrztInnen aus Hewler/Erbil über die schwedische NGO „Qandil“, vor einer Woche hat die italienische NGO „Emergency“ im Camp eine kleine Station eröffnet, die Kriegsverletzte versorgen will (v.a. physiotherapeutisch bzw. mit Prothesen).

Die MitarbeiterInnen dieser Organisation wollen wohl sogar ein Krankenhaus aufbauen. Klar ist jedoch noch nicht, ob das Kranken-

haus im Camp oder im Dorf Maxmur aufgebaut werden soll. Letzteres wird von der KDP-Verwaltung (Demokratische Partei Kurdistans, unter der Führung von Mesut Barzani) natürlich bevorzugt.

Mit der Planung für das Frauen Gesundheitszentrum haben wir begonnen. Es wird sicherlich ungleich schwieriger, jetzt Medikamente oder Instrumente herzubringen. Aber da die Bevölkerung beschlossen hat zu bleiben, versuchen wir natürlich, soweit wie möglich das geplante Zentrum aufzubauen.

Heute haben wir alles soweit möglich vorbereitet, sauber gemacht und eine Mauer eingegraben, einige NachbarInnen haben spontan geholfen, wir wurden mit frischem Brot und Tee versorgt. Am Sonntag bekommen wir den Traktor um Steine, Zement, Kies etc. zu kaufen, dann kann es richtig losgehen.

Eine Freundin (Medya) gibt mehrmals pro Woche Unterricht für zukünftige „Gesundheitsarbeiterinnen“, zur Zeit ist Erste Hilfe an der Tagesordnung. Die erste Broschüre mit den Gesundheitsseminar-Inhalten auf kurdisch wurde auch schon gedruckt.

Seit einigen Monaten arbeiten zwei Frauen, die vorher in Maxmur waren, im Flüchtlingscamp Al Tash im Bezirk Ramadi südlich von Bagdad; dort sind ca. 5.000 Menschen, die vor 25 Jahren aus dem Iran geflohen sind; die Situation dort ist in vielen Punkten ganz anders als hier, es gibt dort viele verschiedene ethnische und politische Gruppen, die trotz der langen Zeit in Al Tash noch wenig gemeinsam arbeiten und leben, es werden allein dort fünf verschiedene Sprachen gesprochen und solche Einrichtungen wie Müllabfuhr, gemeinsame Verwaltung oder kulturelle Institutionen gibt es nicht. Eine diesbezüglich, allerdings noch wenig erfahrene, Kurdin ist jetzt seit vier Monaten dort, um eine medizinische Grundversorgung bzw. Erste Hilfe aufzubauen, da die Versorgung im Krankenhaus von Ramadi u.a. wegen Sprachschwierigkeiten nicht ausreichend ist. Medya fährt einmal im Monat für 7-10 Tage hin um zu helfen. Auch dort sollen junge Frauen im Gesundheitsbereich ausgebildet werden. Zudem wurde ein Zentrum für Mädchen und Frauen eingerichtet, das auch v.a. von jungen Frauen und Mädchen der unterschiedlichen Gruppen gemeinsam genutzt wird.

Während des letzten Irak-Krieges haben viele versucht, nach Jordanien zu fliehen, wurden allerdings an der Grenze aufgehalten und waren im Niemandsland zwischen den beiden Grenzen eingesperrt. Einige wenige haben es inzwischen aber wieder geschafft zurückzukommen.

Kurz bevor wir kamen war es wohl noch richtig unangenehm kalt, aber noch über Null, und alle Häuser haben kleine stinkende, aber gut heizende Gasöfen. Solange es Gas gibt, ist das also sehr gut auszuhalten, es gibt auch genug Wasser und Gasbrenner zum warm „baden“.

Es spricht sich immer weiter rum, dass ich da bin und dementsprechend kommen auch tagsüber und abends immer wieder kranke Kinder oder Erwachsene. Soweit ich kann versuche ich zu helfen. Manche waren schon bei einem Arzt in Mossul oder haben keine Ahnung wofür oder wogegen die ganzen bunten Pillen sind; falls sie die Atteste noch haben, kann ich ihnen was erklären, da alles in englisch und arabisch geschrieben wird.

Wenn Medya wieder da ist, bereiten wir Unterricht / Seminare für Frauen vor, die in den im letzten Jahr eröffneten Frauenzentren in Kirkuk, Bagdad usw. dann allgemeine Beratung/Aufklärung und soweit möglich anbieten wollen.

Medyas Broschüre über Schwangerschaft, Kinderbetreuung und –Krankheiten wird noch in Sorani (ein kurdischer Dialekt) und arabisch übersetzt, ist sicherlich sehr hilfreich.

Mit den Kindern im Kindergarten des Frauenzentrums hier haben wir Theater und Spiele gespielt. Das hat allen Spaß gemacht, aber gerade für die größeren und Erwachsenen gibt es eher wenig Angebote, vor allem viel zu wenig Bücher. Viele Kinder sind unausgeglichen, die schlimmen Erfahrungen/Erlebnisse ihrer Eltern von früher bekommen sie natürlich mit. Wir bemühen uns alle, die Kinder und Mütter/Eltern zu unterstützen. Der Kindergarten z.B. tut vielen wirklich gut, aber diesbezüglich ist noch viel zu tun.

Eine Frauenärztin haben wir noch nicht gefunden, wäre aber dringend nötig.

Dringend gebrauchen könnten wir auch z.B. Asthma-Medikamente (Sprays), Epilepsie-Medikamente (Carbamazepin und Valproat, hat aber nur Sinn wenn davon viele kommen, da Langzeittherapie nötig ist), Geld natürlich

für den Kauf von Einrichtung, Medikamenten hier...

Es wäre sehr nett von euch, wenn Ihr dort eine Spendenaktion startet, gebraucht wird hier sehr Vieles."

Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. Gruppellostr. 27 - 40 210 Düsseldorf tel 0211 171 10 80 - fax 0211 171 10 78

ceni_frauen@gmx.de

www.ceni-kurdistan.de

www.frauenetz-attac.de

Alice Schwarzer kritisiert Rot-Grün

Die Vorreiterin der deutschen Frauenbewegung und "Emma"-Chefredakteurin Alice Schwarzer wirft SPD und Grünen einen zynischen Umgang mit der Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan vor. "Ich fand es zynisch von Rot-Grün, im Namen des Geschlechts dieser Kandidatin um Solidarität zu bitten", sagte Schwarzer der Düsseldorfer "Rheinischen Post" (Montagausgabe). "Denn es war ja völlig hoffnungslos. Es war natürlich klar, dass Herr Köhler gewählt wird."

Schwarzer kritisierte: "Von rechts bis links sind Frauen immer nur von denjenigen Parteien vorgeschlagen worden, die jeweils in der Minderheit waren." Mit Blick auf eine mögliche Kanzlerkandidatur vom CDU-Chefin Angela Merkel sagte die Frauenrechtlerin: "Das würde wirklich spannend, auch für die Frauen, die wie ich keine traditionellen CDU-Wählerinnen sind." Man geriete in einen "recht interessanten Konflikt". Frausein allein sei noch kein Programm, aber "es ist doch ein Faktor".

Warme Worte, aber keine Chance

Gesine Schwan hatte mit ihrer Niederlage bei der Bundespräsidentenwahl am Sonntag eine lange Serie fortgesetzt: Sie scheiterte wie alle weiblichen Kandidaten vor ihr mit ihrer Bewerbung um das höchste Staatsamt. In der Geschichte der Bundesrepublik waren vor ihr bereits fünf Frauen mit warmen Worten für das Amt nominiert worden - wegen der Mehrheitsverhältnisse alle ohne ernsthafte Chance.

Im Jahr 1979 stellte die SPD Annemarie Renger auf und damit erstmals eine Frau. Die Nicht-Wahl der vormaligen Bundestagspräsidentin stand so gut wie fest, denn die CDU hatte in der Bundesversammlung die absolute Mehrheit. Außerdem hatte die FDP angekündigt, auf keinen Fall einen SPD-

Kandidaten zu wählen. Renger galt nur als Notlösung. SPD und FDP hatten zuvor vergeblich versucht, den Atomphysiker und Philosophen Carl-Friedrich von Weizsäcker als Kompromisskandidaten aufzustellen. Gewählt wurde CDU-Kandidat Karl Carstens.

Eine Frau als Symbol

Bei der nächsten Wahl im Jahr 1984 nominierten die Grünen die parteilose Schriftstellerin Luise Rinser, die unter anderem durch den Kampf für die Aufarbeitung von Nazi-Verbrechen bekannt geworden war. Die Aufstellung der parteilosen Künstlerin war eher symbolisch gemeint. Die anderen Parteien hatten sich schon auf Richard von Weizsäcker als Kandidaten geeinigt. Der CDU-Politiker wurde mit großer Mehrheit im ersten Wahlgang gewählt.

Im Jahr 1994 stellte die FDP Hildegard Hamm-Brücher als eigene Kandidatin auf. Der Schachzug war gegen die CDU gerichtet, die den damaligen sächsischen Justizminister Steffen Heitmann nominiert hatte, ohne dies mit dem liberalen Koalitionspartner abzustimmen. Gewählt wurde letztlich der CDU-Kandidat Roman Herzog, der für den nach scharfer Kritik abgelösten Heitmann ins Rennen gegangen war. Bei der Wahl zog die FDP im dritten und entscheidenden Wahlgang Hamm-Brücher zurück.

Bei der Wahl 1999 sah sich die CDU einer klaren Mehrheit von SPD und Grünen gegenüber. Trotzdem stellte sie Dagmar Schipanski als eigene Kandidatin auf. Die in der Bevölkerung damals weithin unbekanntes Physikerin aus Thüringen konnte mit dem SPD-Kandidaten Johannes Rau nicht konkurrieren. Rau wurde im zweiten Wahlgang gewählt. Erstmals waren 1999 sogar mehr Frauen als Männer nominiert: Rau stand neben Schipanski auch die von der PDS aufgestellte partei- und chancenlose Theologin Uta Ranke-Heinemann gegenüber.

(N24.de, ddp, AFP)

Frauennotrufe: Kein Anschluss mehr unter dieser Nummer

Katja Seefeldt 23.05.2004

Vielen Frauennotrufen in Deutschland geht allmählich finanziell die Puste aus.

Nach ersten Einschätzungen hat sich das Gewaltschutzgesetz in der Praxis bewährt. Doch die Basis, die das Gesetz trägt und ihm zum Erfolg verholfen hat, ist brüchig gewor-

den: Sparmaßnahmen von Landkreisen und Kommunen erschweren Einrichtungen wie Frauennotrufen das Leben. Am schlimmsten ist die Situation auf dem Land.

"Stell dir vor, du rufst den Notruf an und keiner hebt ab": So wird es ab diesem Sommer Frauen in Augsburg ergehen, die die Nummer des Frauennotrufs wählen. Die Leitung wird stumm bleiben, denn der Notruf hat seine Tätigkeit eingestellt, weil die Gelder von der Kommune gestrichen wurden. Augsburg ist kein Einzelfall. Viele andere Notrufe im ganzen Land sind gezwungen, mit immer weniger Mitteln zu Rande zu kommen. Der Grund: Landkreise und Kommunen müssen sparen und kürzen die Zuschüsse. Fließt aus ihren Töpfen nichts mehr, stellt auch das Sozialministerium die Förderung ein. Die Zuwendungen sind freiwillige Leistungen, das bedeutet, sie können beliebig gekürzt oder gestrichen werden.

Ein Hilfsnetz, das immer grobmaschiger wird!

Dabei tragen die Frauennotrufe entscheidend zum Erfolg eines Gesetzes bei, das vor fast anderthalb Jahren in Kraft getreten ist und einen wichtigen Fortschritt im Umgang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt markiert - das Gewaltschutzgesetz. Nach dem Grundsatz "Der Täter geht, das Opfer bleibt" können Opfer von Gewalt in häuslichen Gemeinschaften seit Januar 2002 verlangen, dass ihnen die Wohnung überlassen bleibt. Gleichzeitig wurde mit dem Gesetz eine Rechtsgrundlage für gerichtliche Schutzordnungen wie Kontakt- und Näherungsverbote geschaffen.

Eine offizielle erste Statistik des Justizministeriums zur Wirkung des Gewaltschutzgesetzes wird es erst im Frühjahr 2005 geben, doch die Zahlen, die einige Länder schon jetzt melden, klingen vielversprechend: In Baden-Württemberg ist die Zahl der Platzverweise beispielsweise von 2002 auf 2003 um 22 Prozent auf 2.127 gestiegen. Ganz offenbar machen Frauen und Polizei Gebrauch von diesem Angebot.

Doch das Gesetz wäre nicht mehr als ein Stück Papier, wenn sich nicht in den letzten Jahrzehnten ein Netz von Frauenhäusern, Notrufen und Beratungsstellen herausgebildet hätte, wo Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten aufgeklärt werden, wo den Frauen bewusst gemacht wird, dass

sie Gewalt und Missbrauch nicht hinnehmen müssen. Der Erfolg des Gewaltschutzgesetzes ist ein Erfolg der langjährigen Arbeit dieser Einrichtungen, die nun allmählich weggespart werden.

Beispiel Bayern: "Fast jeder Frauennotruf ist von Kürzungen betroffen." Sabine Wieninger vom Frauennotruf in München und Delegierte der LAG Bayern für den Bundesverband autonomer Frauennotrufe (BaF) hat eine Umfrage gestartet, um die finanzielle Situation der bayrischen Notrufe zu recherchieren. Das von ihr ermittelte Bild ist zwar nicht vollständig, dafür ist der Trend eindeutig: Fast alle Notrufe müssen Etatkürzungen verschmerzen, am schlimmsten trifft es die kleinen Stellen in den ländlichen Regionen. Zwar geht es bei einigen um Summen, bei denen man denkt: "Peanuts", trotzdem sind sie kaum zu verkraften, weil viele Notrufe schon lange am Rande des Möglichen arbeiten. Auch ohne Kürzungen schmelzen die Mittel dahin, aufgezehrt von ansteigenden laufenden Kosten, Tarifierhöhungen bei Gehältern etc. Weil die Mittel nicht mehr reichen, wird Augsburg im Sommer schließen, in Waldkraiburg, Weiden und Regensburg fehlt dazu nicht mehr viel.

Die Sparmaßnahmen hängen wie ein Damoklesschwert über den Notrufen und beeinträchtigen zunehmend die Arbeit. "Um die Kürzungen aufzufangen, müssen die Notrufe die Beratungsstunden zurückfahren, das bedeutet, die Basis, auf der profunde Arbeit geleistet werden kann, schwindet immer mehr", erklärt Sabine Wieninger. "Auf dem Land ist das besonders tragisch, weil es für die Angebote der Notrufe keine Alternativen gibt.

Frauen, die sich gegen Gewalt wehren wollen und dringend Unterstützung brauchen, mutet man zu, 100 Kilometer zu fahren, um Hilfe zu bekommen. Doch gerade Mütter sind nicht so flexibel. Und bei Klientinnen, die prozessieren, zieht sich die Betreuung unter Umständen über zwei Jahre hin. Mit einem kurzen Besuch ist es also nicht getan."

Zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Beratung - das Lied von den Sparmaßnahmen

Wie sieht es auf dem Land aus? Brigitte Breit arbeitet seit vier Jahren beim Frauennotruf in Deggendorf. Das Lied von den Sparmaßnahmen kann sie vor- und rückwärts singen. Bis Anfang April dieses Jahres sah es so aus, als wolle der Landkreis die Mittel für den Notruf ab dem kommenden Jahr streichen -

das hätte das Aus bedeutet. Nach massiven Protesten steht nun fest, dass es auch 2005 weitergeht. Trotzdem rauben die wirtschaftlichen Probleme viel Energie - an langfristige und neue Projekte ist nicht zu denken.

"Wegen unserer angespannten finanziellen Lage versuchen wir in der Öffentlichkeit sehr präsent zu sein. Wir bemühen uns, Spenden zu bekommen, machen Kurse an der Fachakademie und Veranstaltungen an Schulen. Das hat den Vorteil, dass sich zunehmend mehr Frauen und Mädchen, bei uns melden, weil ihnen bewusst wird, dass es uns gibt. Auf der anderen Seite wäre es besser, wenn wir mehr Energie in unsere eigentlich Arbeit stecken könnten. Wir würden gern mehr Präventionsangebote machen und mehr ehrenamtliche Mitarbeiterinnen gewinnen. Doch das alles kostet Zeit, und die haben wir nicht, wir müssen ja schließlich erreichbar sein", fasst Brigitte Breit die Situation zusammen.

Dabei ist die "Nachfrage" größer denn je: Insgesamt 779 Beratungsgespräche und Begleitungen hat das Deggendorfer Team - 2 festangestellte Teilzeitkräfte und 15 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen - im vergangenen Jahr durchgeführt, 129 Frauen und Mädchen haben Hilfe gesucht, mehr als 100 Kinder waren mitbetroffen. Das Gewaltschutzgesetz ist gut und wichtig, doch die Klientinnen der Notrufe gehen nach den Erfahrungen von Brigitte Breit in der Regel nicht einfach zur Polizei und erstatten Anzeige.

Häusliche Gewalt ist kein Frauenproblem

Immer noch ist das Thema häusliche und sexualisierte Gewalt mit Scham besetzt, es dauert oft unglaublich lange, bis sich ein Opfer meldet. "Es braucht manchmal bis zu zehn Jahren, bis eine Frau aktiv wird. Oft sind es dann die Kinder, die den Ausschlag geben, entweder wenn sich die Gewalt des Schlägers auch gegen sie richtet oder wenn die Kinder von sich aus damit drohen, die Familie zu verlassen und in ein Heim zu gehen", berichtet die Familientherapeutin. Besonders groß ist die Scham auf dem Land, wo jeder jeden kennt und jeder mitbekommt, wenn eine Frau die Polizei einschaltet. Und gerade in Fällen, in denen die Angst überwiegt, reicht ein Gesetz allein nicht aus:

"Die Angst ist oft so groß, dass die Frauen nicht auf das Gewaltschutzgesetz vertrauen, weil sie fürchten, nach einer Anzeige doch

wieder allein dazustehen. Das neue Gesetz ist zwar gut, aber wenn der Mann sich nicht daran hält, steht er wieder vor der Tür. Und die Polizei ist ja nicht rund um die Uhr präsent. Bis die dann kommt, kann viel passieren. Viele Betroffene gehen dann lieber gleich ins Frauenhaus." Was nützt ein Gesetz, wenn die Struktur fehlt, die es trägt? Was wird aus Frauen, die in irgendeinem Dorf wohnen, ohne Führerschein womöglich, und regelmäßig geschlagen und missbraucht werden - werden sie sich bei der Polizei melden? "Es ist so unendlich zu bedauern, dass die Angebotsstruktur, die über die letzten Jahrzehnte aufgebaut wurde, jetzt ganz schnell zusammenbrechen kann. Das müssen die Frauen ausbaden. Und es gehen langjährige Erfahrung und Professionalität verloren", kritisiert Sabine Wieninger. Die zunehmende Einbeziehung von ehrenamtlichen Mitarbeitern hält sie für keine wirkliche Lösung: "Ich finde es schön, dass sich Frauen ehrenamtlich engagieren, andererseits ist es auch unsäglich. Es kann politisch gesehen nicht sein, dass Frauen in ihrer privaten Zeit ohne Anerkennung etwas auffangen, was ein gesellschaftliches Problem ist. Es verschleiern, dass es einen enormen Bedarf gibt und es entwertet die Arbeit, die sie tun." Der schwarze Peter wird durch die Sparmaßnahmen an die Frauen zurückgegeben, dabei ist häusliche Gewalt kein Frauenproblem.

Die weiteren Aussichten: noch mehr Kürzungen!

So richtig dick wird es im nächsten Jahr kommen. Denn für 2005 hat auch das Sozialministerium Kürzungen in Aussicht gestellt. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird die Lage zusätzlich verschlimmern, befürchtet Sabine Wieninger: "Es wird für Frauen, die einfach nicht mehr arbeitsfähig sind, immer schwerer, an Gelder zu kommen und die Verunsicherung ist momentan sehr groß. Die geballte Ladung von dem, was es an Abbau gibt und seine Folgen, steht uns noch bevor."

Frauenhandel als Kavaliersdelikt der internationalen Verwaltung im Kosovo

Amnesty International erhebt schwere Vorwürfe gegen die internationale Verwaltung in Kosovo: Die Friedenshüter sollen die Zwangsprostitution fördern.

Die Uno-Mission in Kosovo hat bislang nur mit einer wortkargen Erklärung auf einen brisanten Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) über Frauenhandel und Zwangsprostitution in der Balkanprovinz reagiert.

Der Bericht, so die Uno-Verwaltung in Pristina, sei «unausgewogen» und beziehe sich vor allem auf die Lage nach dem Krieg vor fünf Jahren. Auch in der kosovarischen Öffentlichkeit lösten die alarmierenden Befunde der Menschenrechtsorganisation praktisch keine Debatte aus. Prostitution gilt in Kosovo als Tabuthema.«Hauptzielgebiet» des Frauenhandels. Dabei erhebt der etwa 60 Seiten umfassende Bericht schwer wiegende Vorwürfe gegen Mitarbeiter der Uno-Mission (Unmik), Soldaten der Nato-Schutztruppe Kfor und ausländische Diplomaten. Kosovo sei seit 1999, als die Vereinten Nationen die Verwaltung der Provinz übernahmen, ein «Hauptzielgebiet» des Frauenhandels und der Zwangsprostitution geworden, schreibt die Organisation mit Sitz in London.

Zu den Kunden von Bordellen in Kosovo gehören auch so genannte «Internationale», meist Beamte mit gutem Verdienst. Laut Amnesty International wurden im Juli 2003 in etwa 200 Restaurants und Bars in Kosovo Frauen zur Prostitution gezwungen. Diese Lokale hat die Unmik auf eine «Off-limits»-Liste gesetzt - den ausländischen Beamten ist untersagt, solche «Häuser» zu besuchen. Die Uno bestätigt immerhin, dass bei Razzien der internationalen Polizei vier Ausländer in flagranti ertappt wurden. Die Dunkelziffer von Uno-Mitarbeitern, die Sexsklavinnen besuchen, dürfte aber gemäss dem AI-Bericht viel größer sein.

Im Kosovo sind derzeit über 20 000 ausländische Beamte und Soldaten stationiert. Allein im vergangenen Jahr habe die Polizei über 2000 Aktionen durchgeführt, dabei 57 «zwielichtige Einrichtungen» geschlossen und 60 Personen wegen Menschenschmuggels angeklagt, teilte die Uno in Pristina mit. Schlimme Folgen für die Region.

Die Zwangsprostitution und der Menschenhandel sind in Kosovo seit Januar 2001 gesetzlich verboten. Die Frage, weshalb die Uno erst zwei Jahre nach ihrem Einmarsch in Kosovo eine solche Regelung erließ, bleibt bei der Unmik unbeantwortet. Offensichtlich rechnete man nicht damit, dass der sexuelle Missbrauch der Frauen und der Menschenhandel sich zu einer Industrie entwickeln

würde, wie Amnesty International anmerkt. Die Entwicklung hat schlimme Folgen für die ganze Region. Kosovo dient vielen Flüchtlingen aus dem Osten zunehmend als Brückenkopf nach Westeuropa.

Die Grenzen des Uno-Protectorats sind löchrig, illegale Grenzübertritte spielend möglich. Die Einreise nach Kosovo ist visumsfrei. Die meisten Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, stammen aus armen osteuropäischen Ländern wie Moldawien, der Ukraine, Bulgarien, Rumänien, Weißrussland. Die jungen Frauen, einige sind zwischen 12 und 18 Jahre alt, kommen meist über Serbien nach Kosovo. Die serbische und die albanische Mafia arbeiten eng zusammen und füllen ihre Taschen mit dem verbrecherischen Geschäft. Zehn Jahre Krieg und die blühende Kriminalität hätten Serbien in einen Tummelplatz für den Frauenhandel verwandelt, heißt es im Bericht der Menschenrechtsorganisation.

Die Frauen aus Osteuropa werden von Zuhältern mit dem Versprechen eines Jobs im Westen gelockt. Sobald sie in die Fänge der Syndikate geraten, beginnt für die Opfer das Martyrium. Sie werden geschlagen, in Keller gesperrt, vergewaltigt, ausgeplündert - und schließlich zur Prostitution genötigt. Amnesty International listet mehrere erschreckende Beispiele auf. Im Februar 2001 wurde in einem Fluss nahe der kosovarischen Stadt Prizren ein 18-jähriges Mädchen aus Moldawien tot aufgefunden. Der Uno-Justiz ist es bis heute nicht gelungen, den Fall aufzuklären. Eine Frau erzählte in einem Gerichtsprozess wegen Menschen schmuggels in der Stadt Gjilan, sie sei in einem Keller gefangen gehalten worden. Sie verließ ihren Kerker nur dann, wenn ihr Zuhälter sie zum nächsten Kunden chauffierte. Auch die Familien der unglücklichen Frauen erhalten Drohungen von skrupellosen Menschenhändlern. So wurde einer Frau, die «sexuelle Dienste» ablehnte, ihr dreijähriges Kind im Heimatland entführt.

Dass die Uno-Polizisten oft kein Interesse haben, die Sexsklaverei zu bekämpfen, zeigt ein Fall aus der Ortschaft Rahovec. Eine Türkin berichtete der Polizei, sie sei von einem Kosovo-Albaner zur Prostitution gezwungen worden. Zu ihren Kunden hätten auch ausländische Polizisten gehört; die Frau bot an, die Bordellbesucher in Uniform zu identifizieren. Trotz des offensichtlichen Interessenkon-

flikts sei ausgerechnet die Polizei in Rahovec mit der Untersuchung der Vorwürfe beauftragt worden, schreibt Amnesty International. Bald wurden die Ermittlungen für beendet erklärt, der Frau sogar mangelnde «Glaubwürdigkeit» unterstellt.

Milde Strafen für die Täter

Oft kommen Ordnungshüter, die in den Frauenhandel verwickelt sind, glimpflich davon. Mehrere US-Polizisten und eine rumänische Beamtin, die in Mitrovica in den Frauenhandel verwickelt waren, wurden nach Hause geschickt oder erhielten nur einen Verweis. Offensichtlich galt die Sexsklaverei in Kosovo für längere Zeit als Kavaliersdelikt. Viele Uno-Polizisten kommen aus unterentwickelten Ländern und sind laut dem AI-Bericht über das Gesetz gegen den Menschen schmuggel nicht informiert. Es ist zu befürchten, dass daran auch eine von der Unmik gebildete Polizeisondereinheit zur Bekämpfung des Menschen schmuggels wenig ändern wird. Im vergangenen Jahr sind in Kosovo nur 16 Kriminelle wegen «trafficking» verurteilt worden.

Tages-Anzeiger; 24.05.2004

Netzwerke/ Resolutionen

Brief/Stellungnahme gegen die geplante Schließung des ersten Hamburger Frauenhauses

Der Brief kann gerne so oder verändert an folgende Adresse gesendet werden:
Behörde für Soziales und Familie
Senatorin Birgit Schnieber-Jastram
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg

Sehr geehrte Frau Schnieber-Jastram, zu Ihrem Beschluss, das erste Hamburger Frauenhaus zum 01.01.2005 zu eliminieren, um so Kosten einzusparen, möchten wir folgendes feststellen:

Fakt 1: Geschlagene und/oder vergewaltigte Frauen - inklusive der immer auch mitbetroffenen Töchter und Söhne - sind nicht die Verursacherinnen der Frauenhauskosten und der Folgekosten, die unsere Gesellschaft aufbringen muss, um sie (zumindest) vor weiteren Verbrechen zu schützen. Die Verur-

sacher dieser Kosten sind die Täter - Ehemänner, Lebensgefährten etc.

Folge: Will man Kosten sparen, muss man die Verursacher ins Visier nehmen. Kein logisch denkender Mensch würde die Opfer nochmals "zahlen" lassen oder ihnen gar Schutz und Hilfe verweigern. Das wäre offensichtlich infam.

Fakt 2: Das Gesundheits- bzw. Krankheitsrisiko Nummer eins ist für Frauen die Gewalt durch den eigenen Partner. Es ist ein globales Gesundheitsproblem für weibliche Menschen und ein gesamtgesellschaftlicher Belastungsfaktor. U.a. belegen dies seit Jahren Studien der WHO, der EWL (European Womens Lobby, Brüssel) sowie zahlreiche internationale Studien (siehe Anhang). Hinzu kommen neuere Studien, die auf sog. "verletzliche Phasen" hinweisen. U.a. geht es dabei um die Zeit der Schwangerschaft, wodurch zusätzlich das Leben der ungeborenen Kinder gefährdet ist.

Folge: Es handelt sich um ein erhebliches Problem der öffentlichen Gesundheit und der inneren Sicherheit; was empirische Studien (z. B. KFN, EWL) eindrucksvoll nachweisen konnten.

Fakt 3: "Männergewalt gegen Frauen" und ihre Töchter und Söhne ist kein Abstraktum. Die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen sind auf individueller sowie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene derart vielfältig und von solch destruktiver Art, dass ein rasches, konsequentes und nachhaltiges Eingreifen oberste Priorität haben muss.

Folge: Kürzungen in einem ohnehin spärlich bestückten Hilfesystem kommen nicht nur einer unterlassenen Hilfeleistung gleich; vielmehr dreht man so aktiv an der Gewaltspirale und führt die Gesellschaft an den Rand der Demokratiefähigkeit.

Fakt 4: Von hoher Brisanz ist die sog. "intergenerationelle Weitergabe" von Gewalt. In der Regel sind Kinder oder Jugendliche immer auch von der Gewalt gegen Frauen (ihre Mütter) mitbetroffen. Selbst wenn sie nicht direkt misshandelt werden, so hat die reine Erfahrung und Beobachtung einen Sozialisierungseffekt, der mit Sicherheit nicht positiver Art ist.

Dies dürfte auch Laien ersichtlich sein. Ein fataler "Nebeneffekt" für betroffene Kinder und Jugendliche ist die Erfahrung, dass offensichtlich "kein Mensch" dem Treiben des Gewalttäters nachhaltig Einhalt gebietet und/oder, dass Gewaltausübung nicht wirklich sanktioniert wird und dass Gewalt-Opfer

"looser" per se sind. Folge: Der Gender-Effekt in bezug auf Opfer und Täter wird geradezu fest getackert und weiter fortgeschrieben. Männergewalt gegen Frauen wird so zu einer nahezu fatalistischen Angelegenheit; zu einem Etwas, an dem man eben nichts ändern kann... Zusätzlich kosten die psycho-somatischen Auswirkungen solcher Kindheits- und Jugenderfahrungen ebenfalls viel Geld. Auch eskaliert man so den "Kampf der Geschlechter", was dringend geändert werden sollte, weil Männer und Frauen in einer Gesellschaft friedlich zusammenleben müssen.

Fakt 5: Unglaublichkeit bis hin zur Verlogenheit der Politik: Man kann nicht ein neues Gewaltschutzgesetz verabschieden, den Platzverweis einführen, dies als politischen Erfolg anpreisen und dann die Umsetzung in die Lebenswirklichkeit unmöglich machen. Die fehlenden Schnittstellen zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik; die fehlenden Schnittstellen zwischen Politik, Krankenkassen, Rentenversicherungsträgern, Arbeitsamt, Sozialamt, Familie usw. - führen Gesetze und Regelungen nicht nur ad absurdum; vielmehr zeigen sie, dass es kein allgemeines, übergreifendes Interesse gibt, die Gewalt gegen Frauen (und ihre Kinder) zu beenden.

Folge: Es wird so keine Änderung der existierenden Zustände, die absolut inakzeptabel und unwürdig sind, geben.

Fakt 6: Systematisches Austrocknen eines lebenswichtigen Expert/innen-Pools: Die mühsame - in der Regel privat finanzierte - Aus- und Zusatzausbildung von Expertinnen und Experten im Gewaltbereich dauert viele Jahre; wichtige Erfahrungswerte müssen hinzukommen u.v.m. Dass ein Expert/innen-Pool von vitaler Bedeutung für Einzelne und die gesamte Gesellschaft ist, dürfte auch völlig Naiven einleuchten. Dass Expert/innen Geld kosten, ebenfalls. Dass Laien solche Arbeit nicht leisten können, ist völlig klar; denn wenn ich mir den Blinddarm herausnehmen lasse, gehe ich ja auch nicht zu meinem netten und gutwilligen Nachbarn, sondern zum Arzt.

Folge: Wer durch Kürzungen spezialisierte Expert/innen in die Arbeitslosigkeit schickt, demontiert nicht nur das, was über die Jahre sinnvoller Weise aufgebaut wurde, sondern verursacht schon wieder Kosten und katapultiert obendrein das gesamte Hilfenetzwerk in ein Nirvana, aus dem es kein Zurück mehr geben wird. Ein solches Netzwerk, einen sol-

chen Expert/innen-Pool erneut aufzubauen, wird lange dauern und besonders hohe Kosten verursachen.

Fakt 7: Gesellschaftliche Werte: In einer Demokratie entscheidet das Volk darüber, in was für einer Gesellschaft, mit welchen Werten es leben will. Wertungswidersprüche gibt es in unserem System leider noch zuhauf; nicht nur im Strafrecht, sondern auch grundsätzlich. Wie kann es beispielsweise sein, dass Politiker/innen auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene Jahr für Jahr ungestraft Steuergelder in astronomischen Höhen verschwenden dürfen? Steuergelder, die in der Summe locker für eine gesicherte und verbesserte Ausstattung von Frauenhäusern, Notrufen und Beratungsstellen in ganz Deutschland reichen würden? Wie kann es sein, dass für Sportveranstaltungen - insbesondere den Profifußball - Sicherheitsmaßnahmen gegen Randalierer wie selbstverständlich von uns allen getragen werden (sollen), während man durch die Streichung von Peanuts das physische und psychische Überleben von weiblichen Gewaltopfern in Kauf nimmt?

Folge: Die Botschaft solcher Widersprüche bleibt nicht ungehört und nicht ohne Auswirkungen. Sie verhält nicht. Sie sorgt für ein Klima, das allen Menschen in unserer Gesellschaft ihren Platz zuweist: die weiblichen Gewaltopfer nach ganz unten, die männlichen Gewalttäter nach oben. M.a.W.: Gewaltopfer werden durch solcherlei Kürzungspolitik als lästige Kostenverursacherinnen gesehen, womit man die Ursache mit der Wirkung verwechselt. Das ist nicht nur unlogisch, sondern pervers. Hier muss man dringend einmal die Verhältnisse klar rücken.

Abschließendes: Der gegenwärtige Kürzungswahn im sog. Sozialbereich, spart aus wirtschaftlicher Sicht kurzfristig Peanuts und wird mittel- und langfristig zu erheblichen Kosten in zahlreichen Bereichen führen! Hinzu kommen Kosten, die nicht in Euro zu berechnen sind. Die "Philosophie" der aktuellen Politik hat mit Demokratie, Vernunft, womöglich humanitären Werten gar nichts mehr zu tun. Es ist es eine verantwortungslose, kurz-sichtige, sinnfreie und destruktive Politik über die Köpfe der Menschen hinweg.

Man kann ein solches Vorgehen durchaus als einen Angriff auf die Demokratie werten, denn nichts anderes beinhalten Regelungen und Maßnahmen, die die Gewaltspirale an-

kurbeln helfen. Und die aktuellen Maßnahmen tun genau das!

Soweit zu unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen!

gez. Monika Gerstendörfer, Dipl.-Psych.

Helga Lübcke, Dipl.rer.pol., 1. Vorsitzende der Lobby für Menschenrechte e.V. Metzingen, Mai 2004

Wiener Interventionsstelle: Hunderte Opfer familiärer Gewalt können nicht mehr unterstützt werden

Personelle Ressourcen nicht ausreichend für Betreuung von Gewaltopfern.

Wien, 3. Juni 2004:

Die Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie sieht sich gezwungen, die Betreuung von Opfern familiärer Gewalt einzuschränken. Ab sofort können Gewaltopfer aus sieben Wiener Gemeindebezirken nicht mehr betreut werden. „Dieser Schritt war leider notwendig, da wir nicht über ausreichendes Personal verfügen“, erklärt Rosa Logar, Geschäftsführerin der Opferschutzereinrichtung.

„Die Zuweisungen durch die Wiener Polizei sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, im letzten Jahr wurden über 2.000 Opfer familiärer Gewalt an uns verwiesen“, so Logar. Dabei handle es sich zu 95 Prozent um Frauen und Kinder, über 3.000 Personen seien im Jahr 2003 von der Wiener Interventionsstelle insgesamt unterstützt worden. Die finanziellen Mittel würden aber nicht ausreichen. Heuer habe die Einrichtung sogar eine Kürzung von fünf Prozent in Kauf nehmen müssen. Sie habe das Problem der fehlenden personellen Ressourcen an die zuständigen PolitikerInnen heran getragen, berichtet Logar. Die Notlage sei zwar erkannt worden, doch sei ihr mitgeteilt worden, dass heuer nicht mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden.

„Für uns ist die regionale Einschränkung eine sehr schwierige Entscheidung, weil wir wissen, dass sich Gewalt gegen Frauen und Kinder leider häufig wiederholt und die Opfer kontinuierliche Unterstützung brauchen. Vor allem stark gefährdete Opfer, die mit dem Umbringen bedroht werden, benötigen intensive Unterstützung, präventive Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz, damit es gelingen kann, schwere Gewalttaten, Morde und Mordversuche zu verhindern,“ erklärt die Geschäftsführerin der Interventionsstelle. Hunderte Opfer familiärer

Gewalt würden heuer keine oder keine adäquate Unterstützung erhalten. Deshalb appelliere sie an die politisch Verantwortlichen, ihre Einrichtung in Zukunft ausreichend zu unterstützen, damit diese Einschränkungen auf das heurige Jahr beschränkt blieben.

Einen weiteren Appell richtet Logar an Justizminister Dieter Böhmdorfer: „Viele Opfer familiärer Gewalt, die sich an uns wenden, benötigen auch Prozessbegleitung im Strafverfahren. Dies können wir derzeit aber nur bei wenigen Opfern anbieten.“ Sie ersuche den Justizminister dringend, den Interventionsstellen für die Prozessbegleitung der Opfer entsprechende finanzielle Mittel zu gewähren und dafür – wie im Diversionsgesetz vorgesehen – die Bußgelder aus außergerichtlichen Erledigungen von Strafverfahren zu verwenden.

Die Wiener Interventionsstelle ist eine staatliche anerkannte Opferschutzeinrichtung, die in Österreich 1997 als Begleitmaßnahme zum Gewaltschutzgesetz, das in ganz Europa als vorbildhaftes Modell gilt, eingerichtet wurde. Ihre Aufgabe ist die Betreuung von Opfern nach polizeilichen Wegweisungen und die Entwicklung und Durchführung gewaltpräventiver Maßnahmen. In jedem Bundesland gibt es eine Interventionsstelle, diese arbeiten im Auftrag der Regierung und werden je zur Hälfte vom Bundesministerium für Inneres und vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen finanziert.

Weitere Informationen:

Rosa Logar, Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie, 1060 Wien, Amerlingstraße 1/6, Tel. 01 / 585 32 88, Fax : 01 / 585 32 88 – 20, e-mail: office@interventionsstelle-wien.at web: www.interventionsstelle-wien.at

Stellungnahme zum geplanten Kinder- und Jugendfördergesetz in Nordrhein- Westfalen

Die erfolgreiche Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ für die Einführung eines Kinder- und Jugendfördergesetzes in NRW (3. AG KJHG) zeigt, dass es ein starkes öffentliches Interesse für die Belange von Kindern und Jugendlichen gibt – weit über den Kontext von Bildung und Schule hinaus. Im öffentlichen und alltäglichen Bewusstsein werden die Bildungs-, Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Freizeit im Kinder- und Jugendalter als äußerst wichtig eingeschätzt. Dieses Bewusstsein wird von der Politik zunehmend gesehen und in Folge

dessen 2004 in Form eines Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes umgesetzt.

Im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2004/2005 hat sich die Landesregierung für die Implementierung von Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe in NRW und die Fortsetzung der Förderung von Mädchen- und Jungenarbeit ausgesprochen. Diese Doppelstrategie entspricht der Selbstverpflichtungen auf EU- und auf Bundesebene. Die Fachstellen der Mädchen- und Jungenarbeit in NRW, in Trägerschaft des FUMA Fachverbandes Mädchenarbeit NRW und der LAG Jungenarbeit NRW bauen derzeit gemeinsam ein Kompetenzzentrum Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe in NRW auf.

Das Kinder und Jugendhilfegesetz (SGB VIII)

- verpflichtet die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe, an der Verwirklichung des Rechts junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten mitzuwirken (§1).
- Bei der Ausgestaltung von Angeboten sind die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern (§9, Abs.3).
- Die Förderung freier Träger der Jugendhilfe kann daher von der Bereitschaft abhängig gemacht werden, dass in den Angeboten geschlechtsspezifische Unterschiede beachtet werden und die Gleichberechtigung definiertes Ziel des Handelns ist (§74, Abs.2)

Die o.g. gesetzlichen Grundlagen müssen u.a. einen Bezugsrahmen für die Ausgestaltung eines geschlechtergerechten Gesetzes in NRW darstellen. Die Berücksichtigung spezifischer Belange von Mädchen und Jungen zur Verbesserung ihrer Lebenslagen war im reformierten Landesjugendplan „als Querschnittsaufgabe mit herausragender Bedeutung“ festgeschrieben und darüber hinaus mit einer eigenen Förderposition ausgestattet. So stellte sich die Jugendhilfe in NRW vorbildlich dem jugendpolitischen Auftrag wie er auch in §9,3 KJHG als Grundsatz erhoben wurde.

Seit Januar 2001 ist die „Gleichstellung von Mädchen und Jungen als durchgängiges

Leitprinzip – Gender Mainstreaming“ zur zentralen Aufgabe der Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes erklärt worden.

In NRW ist Gender Mainstreaming seit April 2003 durchgängiges Leitprinzip der Verwaltungsmodernisierung.

Diese Implementierung des Gender Mainstreaming in die Jugendhilfe erfordert eine inhaltliche Gestaltung. Es muss jeweils ausgehandelt und definiert werden, wie die Herstellung von Chancengleichheit zu erreichen ist. In diesen Prozessen werden die Erfahrungen der Mädchen- und der Jungenarbeit und das Fachwissen der entsprechenden Fachgremien unverzichtbar sein. In diesem Sinne sollten die Fachstellen der Mädchen- und Jungenarbeit als zukünftiges „Kompetenzzentrum Gender Mainstreaming“ in die Ausgestaltung des Gesetzes und dessen Umsetzung fachlich einbezogen werden.

Wir fordern von der Landesregierung bei der Ausarbeitung des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - im Sinne der Zielperspektive Geschlechtergerechtigkeit - die angestoßenen geschlechterdemokratischen Entwicklungen nicht wieder zurück zu fahren und folgende Punkte zu berücksichtigen:

- 1) Zur Förderung der Mädchen- und Jungenarbeit muss diese mit einem spezifischen Förderbereich als Schwerpunkt im Gesetz ausgewiesen werden. Darüber hinaus muss geschlechtsbewusste Arbeit als Querschnittsaufgabe verankert und im allgemeinen Teil des Gesetzes als solche festgeschrieben werden.
- 2) Einrichtungen und Projekte der Mädchen- und Jungenarbeit haben über ihre direkten Angebote hinaus einen unschätzbaren Wert für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe insgesamt. Sie haben innovative Impulse und unverzichtbare Ansätze für die Jugendhilfe insgesamt geliefert und sollten mit dem Gesetz Bestandsschutz erhalten.
- 3) Zusammenschlüsse der Mädchen- und Jungenarbeit und deren Beteiligung an Jugendhilfeplanung und –entwicklung auf kommunaler und Landesebene müssen unterstützt und strukturell verankert werden.
- 4) Die asymmetrischen Entwicklungen der Mädchen- und Jungenarbeit müssen in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Sie dürfen nicht undifferenziert gleichgesetzt und

damit beide in ihrer Entwicklung blockiert werden.

Z.B. wurden die Bundesmittel im Kinder- und Jugendplan „gengendert“ indem das Mädchenprogramm in ein Mädchen- und Jungenprogramm mit streng symmetrischen Formulierungen verändert wurde. Der Mädchenarbeit wurden so die Mittel z.T. entzogen und Jungenprojekten zugewiesen.

Gender Mainstreaming ist nicht als Abbau sondern ergänzende Strategie zur bisherigen Mädchen- und Frauenpolitik (Doppelstrategie) mit dem Ziel der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit gedacht. Mädchen- und Jungenarbeit müssen gefördert und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

5) Das Jugendministerium NRW hat, unter Beteiligung aller landesweiten Träger der Jugendhilfe und der kommunalen Spitzenverbände Empfehlungen für die parteiliche Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in den Handlungsfeldern des Landesjugendplans erarbeitet und veröffentlicht. Diese Empfehlungen formulieren qualitative und quantitative Anforderungen an die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen. Es werden u. a. Kooperationserfordernisse, personelle Voraussetzungen, Fort- und Weiterbildung, Planungssicherheit und das Berichtswesen angesprochen. In ihrer Broschüre zu Qualitäten von Jungenarbeit hat die LAG Jungenarbeit für die Jungenarbeit Qualitätsstandards erarbeitet.

Auf der Basis dieser fachlichen Standards muss bei der Fortsetzung des Wirksamkeitsdialogs Gender Mainstreaming als Querschnittsthema und Qualitätskriterium für alle Bereiche berücksichtigt werden.

Mai 2004

*FUMA – Fachverband Mädchenarbeit NRW
Landstr. 164, 45968 Gladbeck, Tel.: 02043/
30 959, Mail: FUMA@gmx.de, LAG Jungenarbeit in NRW e.V., c/o Fritz-Henßler-Haus
Geschwister-Scholl-Str. 33-37, 44135 Dortmund, Tel.: 0231 – 53 42 174
Mail: info@jungenarbeiter.de*

Aktionen

Bäckertüten-Kampagne gegen sexuelle Gewalt

„Sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen kommt nicht in die Tüte“ – mit diesem Slogan wird in Künzelsau, Schwäbisch-Hall, Crails-

heim, Heilbronn und Tauberbischofsheim Aufklärungsarbeit gegen sexuellen Mißbrauch an Kindern gemacht. Die Idee stammt von einem Bäcker, der von einer ähnlichen Kampagne gehört hatte und sich an einer solchen in seiner Region beteiligen wollte. Es gelang und so gehen täglich in allen Bäckereien der Gegend rund 30 000 Tüten mit dem obigen Slogan über die Verkaufstische.

Infos bei: www.jumaex.de

Greenpeace-Aktion: Muhnen gegen Müller-Milch

Stimmen gegen Gentechnik - mach mit!
Die Firma Müller verwendet Milch von Kühen, die genmanipuliertes Futter fressen müssen. Dies ergaben Greenpeace-Recherchen bei Vertragsbauern von Müller. Über den Joghurt und den Milchreis landet die Gentechnik so in unserem Essen. Doch nicht mit uns! Sagen Sie Müller Ihre Meinung und geben Sie Ihre Stimme gegen Gen-Milch ab.

Und so wird's gemacht: Geben Sie einfach nur Vorname und Name ein, wählen ihr Land und geben ihren Kommentar, ihre Stimme gegen Gentechnik ab. Außerdem können Sie noch ein Bild von sich Hochladen.

Oder rufen Sie bei unserer Hotline "Muhnen gegen Müller" an. Ihr "Muh" gegen Müllermilch oder Ihre Stimme gegen Gentechnik wird aufgenommen:

040-38 99 80 80.

Egal, ob ein sattes MUH, ein gehauchtes "Keine Gen-Milch" oder ein klares "NEIN" - Greenpeace sammelt Ihre Stimmen und lässt Müller damit die Ohren klingeln.

Schalom - Salam

Erika Bosch für: Menschen für den Frieden

fon: 0211-234908, fax: 0211-2304661

Dreherstr.193, 40625 Düsseldorf

<http://www.antikriegsbuendnis-duesseldorf.de>

Kampagne: Sport tut Frauen gut

Der deutsche Sportbund startet in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) eine bundesweite Kampagne mit dem Titel "Sport tut Frauen gut - Frauen tun dem Sport gut".

Ab Herbst 2004 mit Schwerpunkt im Frühjahr 2005 sollen in der ganzen Bundesrepublik unter diesem Titel lokale Veranstaltungen stattfinden. Es ist seitens des Deutschen Sportbundes geplant, zumindest ein gemeinsames Logo, vielleicht aber auch kostenlose

Werbematerialien dafür zur Verfügung zu stellen.

Als ersten Schritt plant der deutsche Sportbund ein sogenanntes Werkheft mit guten Praxisbeispielen. Diese werden zur Zeit gesucht.

*Kontaktadresse im Deutschen Sportbund:
Deutscher Sportbund, Pia Zufall, Abteilung Frauen im Sport, Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt*

NACHRICHTEN

Frauen im Dienste der Sicherheit

Irakische Frauen werden in einem paramilitärischen Trainingscamp in Bagdad unter US-amerikanischer Ägide zu Streifenführern ausgebildet

Kämpfe gegen Sadrs Schiiten-Miliz –

Anschlag auf Vize-Innenminister

Bagdad - Patriotismus, Neugier und 130 Dollar Monatsgehalt - das sind die Gründe für junge Irakerinnen, ein militärisches Training durch die alliierten Soldaten im Irak zu absolvieren. Seit wenigen Wochen eröffnet sich den Frauen im Irak dieses ganz neue Aufgabenfeld. Vom Iraqi Civil Defense Corps (ICDC) - einer kürzlich ins Leben gerufenen paramilitärischen Einheit, die mit dem US-Militär kooperiert - werden sie zu Sicherheitskräften ausgebildet, um an Checkpoints Dienst zu tun und verdächtige Frauen zu überprüfen. Viele Landsleute sehen in den Frauen jedoch keine Patrioten, sondern Verräter - sie seien Kollaborateure der Amerikaner. *BM*

www.attac.de

Zuviel Testosteron beeinträchtigt soziale Fähigkeiten

Studie mit Kindern weist erste Zusammenhänge nach

Die Menge des Testosterons in der Gebärmutter kann deutliche Auswirkungen auf die soziale Entwicklung einer Person haben. Zu diesem Ergebnis ist eine Studie des Autism Research Centre (<http://www.autismresearchcentre.com>) gekommen.

Damit könnte auch geklärt sein, warum Männer vier Mal eher an Autismus leiden als Frauen. Die aktuelle Studie ist die letzte einer Untersuchungsreihe mit einer Gruppe von 58 Kindern, die zwischen 1996 und 1997 geboren wurden. Das Team um Simon Baron-Cohen stellte die Testosteronwerte des

Fruchtwassers der Mütter während der Schwangerschaft fest. Es wird davon ausgegangen, dass diese Werte auch jene der Kinder wiedergeben.

Die Ergebnisse der Studie wurden im Journal of Child Psychology and Psychiatry (<http://www.ingenta.com/journals/browse/bpl/jcpp>) veröffentlicht.

Jetzt wurden diese 58 Kinder im Alter von vier Jahren wieder untersucht. Die Mütter wurden ersucht, Fragebögen hinsichtlich der Interessen und der sozialen Entwicklung zu beantworten. Laut Studie waren Kinder mit höheren Testosteronwerten im Mutterleib sozial weniger entwickelt. Zusätzlich zeigte sich, dass die Interessen der Jungen eingeschränkter waren als jene der Mädchen.

Baron-Cohen räumt jedoch laut NewScientist <http://www.newscientist.com> ein, dass das Sample dieser Studie für eine allgemein gültige Aussage zu klein ist. Aus diesem Grund wurde eine weitere Studie mit Hunderten Kindern bereits gestartet. Der Wissenschaftler hofft, Einblicke in die Entwicklung des Autismus zu gewinnen. Seine Hypothese geht davon aus, dass es sich bei Autismus um eine extreme Form des so genannten männlichen Gehirns handelt.

Es wurde bereits nachgewiesen, dass Kinder mit höheren fötalen Testosteronwerten im Alter von einem Jahr über ein kleineres Vokabular verfügen und weniger häufig den Augenkontakt suchen. Eine Studie einer anderen Gruppe zeigte, dass achtjährige Mädchen mit hohen fötalen Werten dieses Hormons bei Aufgaben wie dem abstrakten Rotieren lassen einer zweidimensionalen Figur besser abschnitten. Alle diese Hinweise unterstützen Baron-Cohens Theorie, wonach hohe fötale Testosteronwerte die Entwicklung des Gehirns in Richtung einer gesteigerten Fähigkeit Muster wahrzunehmen und komplexe Aufgaben zu analysieren fördert. Also jene Bereiche, in denen Männern größere Fähigkeiten zugesprochen werden. Beeinträchtigt werden jedoch die Kommunikationsfähigkeit und die Empathie, die normalerweise bei Frauen stärker ausgeprägt sind.

Presstext Austria

Cambridge (pte, 13. Mai 2004 13:15)

Hoch hinaus mit Chancengleichheit im Bonner Posttower

Pressemitteilung

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten setzt der Verein TOTAL E-QUALITY Deutschland e. V. ein Zeichen, dass Chancengleichheit ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg einer Organisation ist. Und auch, wenn viele Unternehmen ums Überleben kämpfen, die Träger des TOTAL E-QUALITY - Prädikates wissen um die große Bedeutung ihrer Anstrengungen in Sachen Chancengleichheit. Sie setzen auf motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bereits zum elften Mal werden am 27. Mai 2004 Organisationen und Einrichtungen aus dem Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung für dieses Engagement mit dem TOTAL E-QUALITY - Prädikat ausgezeichnet.

Mit seinem Prädikat prämiert der Verein TOTAL E-QUALITY Deutschland e. V. seit 1997 Organisationen und Einrichtungen, die Chancengleichheit als Bestandteil ihrer Personalpolitik praktizieren und Frauen und Männern die gleichen Chancen zur beruflichen Entwicklung eröffnen. Es steht als Signal für die Reaktion der Organisationen und Einrichtungen auf veränderte Wertvorstellungen sowie ein neues Selbstverständnis von Frauen und Männern und verbessert so das interne Image. Die Vorstellungen und Bedürfnisse von Frauen werden einbezogen und so Motivation, Engagement, Qualifizierung und Leistungsfähigkeit weiblicher Mitarbeiter gefördert. Extern trägt es zur Verbesserung des Images bei und hat positive Effekte für die Gewinnung und Sicherung von qualifiziertem Personal.

TOTAL E-QUALITY Deutschland e. V. geht davon aus, dass Chancengleichheit den Organisationen und Einrichtungen Vorteile im Wettbewerb verschafft und für eine innovative und zukunftsweisende Personalpolitik unerlässlich ist. Die Gleichstellung von Frauen ist damit Bestandteil eines modernen Qualitätsmanagements, das wirtschaftlichen Erfolg verspricht.

Dieses Mal werden zwölf neue Organisationen und Einrichtungen geehrt. Und neun weitere werden bereits zum wiederholten Mal ausgezeichnet und bestätigen damit die Kontinuität und Weiterentwicklung ihrer Chancengleichheitspolitik. Seit der ersten Prädikatsvergabe wurden 93 Organisationen und

Einrichtungen mit etwa zwei Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgezeichnet. Weitere Auskünfte und Informationen: www.total-e-quality.de

Frauen verdienen fast ein Drittel weniger als Männer

Berechnung des Statistischen Bundesamtes anlässlich des Internationalen Frauentages zwf Berlin (kri) - Der Monatsverdienst der Frauen hat 2003 durchschnittlich rund 1000 Euro unter dem der Männer gelegen. Dies hat das Statistische Bundesamt am 3. März anlässlich des Internationalen Frauentages mitgeteilt. Dabei ist der Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern in den neuen Ländern mit etwa 23 Prozent deutlich geringer als in den alten Bundesländern, wo der Abstand der Gehälter rund 30 Prozent beträgt.

"Die Zahlen sind wieder einmal verheerend", erklärte Katja Husen, frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, am 3. März 2004 in Berlin. Schuld daran seien nicht nur die fehlende Kinderbetreuung und die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vor allem Strukturen, die Frauen indirekt diskriminieren, seien verantwortlich. "So werden Männer und Männerberufe in bessere Leistungsgruppen eingestuft als Frauen und Frauenberufe. Offensichtlich reicht die Selbstverpflichtung der Privatwirtschaft nicht aus, diesen seit Jahren bekannten Missstand zu beseitigen. In diesem Bereich muss über gesetzliche Regelungen weiter verhandelt werden", betonte Husen. Auch die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz, erklärte dazu am 3. März 2004 in Berlin: "Die Unternehmen sind gefordert, Chancen- und Lohngleichheit zu fördern, um bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht hinterher zu hinken. Frauenberufe sind viel zu häufig in ihrer Relevanz unterbewertet. Dies geht automatisch mit einer niedrigeren Lohnstruktur einher." Der klassische Männerberuf dürfe nicht weiter Maßstab sein, der den geringen Stellenwert - gekoppelt mit deutlich geringeren Löhnen - von sogenannten Frauenberufen erhalte, unterstrich Widmann-Mauz.

Bereits 2001 hatte die EU Kommission Deutschland bei ihrer Bewertung der Beschäftigungspolitik "eines der höchsten geschlechtsspezifischen Lohngefälle in der EU und relativ wenig Kinderbetreuungseinrichtungen" bescheinigt. Auch der jährliche Forschungsbericht der Europäischen Kommissi-

on ("2791") zum Gender Mainstreaming vom 20. Februar 2004 zeigt, dass die Gehaltsunterschiede in Deutschland fast doppelt so hoch sind wie im EU-Durchschnitt.

Wer ist der bessere Boss?

Führungsqualität ist unabhängig vom Geschlecht. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage des Karriereportals Jobware. 73 Prozent der Befragten gaben an, dass sie bei Frauen und Männern gleichermaßen Potenzial für den Chefsessel sehen. Die Realität sieht allerdings nach wie vor anders aus: Über 82 Prozent der Teilnehmer haben momentan einen Mann als Boss.

Frauen sind heute besser ausgebildet als je zuvor. Doch auf der Chefetage tummeln sich nach wie vor ihre männlichen Kollegen. Ausichtsreichere Karriereperspektiven bietet Frauen offensichtlich das Berufsfeld Medizin und Pharma: Hier konnten immerhin über 42 Prozent der Befragten angeben, dass bei ihnen zurzeit eine Frau das Sagen hat. Der Bereich Öffentlicher und Sozialer Dienst liegt auf dem zweiten Platz (39 Prozent), gefolgt vom Handel, wo 32 Prozent der Befragten eine Chefin haben.

Stern.de Meldung vom 8.3.04:

Werber und "Öffentlichkeitsarbeiter" folgen der Devise "Frauen an die Macht"

Im Gegensatz zum Berufsfeld Medizin, müssen Frauen in der Industrie und in der IT- und Telekommunikationsbranche nach wie vor bittere Pillen schlucken. Zwar traut man ihnen theoretisch Führungsqualitäten zu. In der Praxis ist davon jedoch nicht viel zu sehen. 82 Prozent der Befragten aus der Industrie und 79 Prozent aus dem Bereich Telekommunikation und IT haben einen männlichen Vorgesetzten.

Arbeitnehmer aus dem Finanz- und Versicherungswesen zeigen sich in der Umfrage weiblichen Vorgesetzten gegenüber am misstrauischsten. Knapp 20 Prozent finden, dass Männer eindeutig die besseren Chefs sind. In der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit hingegen werden die Führungsqualitäten der Frauen geschätzt: Gut 17 Prozent der Werber und "Öffentlichkeitsarbeiter" folgen der Devise "Frauen an die Macht".

Immer mehr Frauen sind berufstätig

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gingen im vierten Quartal 2003 rund 18,1

Millionen Frauen einem Beruf nach. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 46,9 Prozent. Im Fünfjahresvergleich ergibt sich ein Plus von 1,9 Prozentpunkten. Von den Müttern sind 63 Prozent erwerbstätig. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland beim Frauenanteil an den Erwerbstätigen ganz vorn. Nur in Schweden (48 Prozent) und den USA (46,6 Prozent) sind mehr Frauen in einem Beruf aktiv. Nach wie vor arbeiten die meisten Frauen vor allem in Dienstleistungsbereichen wie Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Dort sind inzwischen 83,4 Prozent der Beschäftigten weiblichen Geschlechts. Im produzierenden Gewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft sind Frauen dagegen unterdurchschnittlich vertreten (14,8 Prozent und 1,8 Prozent). Jede fünfte weibliche Auszubildende wählt einen der drei Berufe Bürokauffrau, Arzthelferin und Kauffrau im Einzelhandel.

Der Blahnik-Code: Folgen des High-Heel-Fiebers

Letzten Sommer habe ich mir auf dem Flohmarkt ein beinahe nagelneues Paar Blahnik-Schuhe gekauft. Ich trippelte damit einmal pro Woche zur «Sex and the City»-Zeit über den Flur. Doch seit die Kultserie in den USA zu Ende gegangen ist, stehen die High Heels im Schrank. Auch wenn die Protagonistin und Blahnik-Propagandistin Carrie Bradshaw das Gegenteil nahelegt: Für die New Yorker Trottoirs sind Manolo Blahniks Skyscraper-Absätze nicht handgefertigt worden. Schließlich kann es einem selbst hier passieren, dass man den Weg in die nächste Bar im aufrechten Gang bewältigen muss. Zu schweigen von dem wieder hinaus. Seit Carrie Bradshaw das verschärfte Stiletto-Fieber auslöste, gilt selbst unter halbwegs zurechnungsfähigen New Yorkerinnen der Pfennigabsatz als das Podest der emanzipierten urbanen Frau. Nun waren Schuhwerk und Arbeitsmarkt, Vorzimmerträume und Hintergedanken immer schon innig liiert. Der Feminismus, der den Marsch durch die Institutionen in Birkenstock antrat, ist nun in Pumps in den Chefetagen gelandet. Das ist vielleicht einer der Gründe, weshalb sich ein großer Prozentsatz der Amerikanerinnen die Füße vom Schönheitschirurgen in Stöckelschuh-Passform bringen lässt. Immer mehr Frauen, meldete unlängst die «New York Times», lassen sich die Zehen verkürzen, das Fersenfett absaugen, die Nägel verkleinern oder die

Sohlen polstern - um hohe Schuhe tragen zu können.

Der Preis von rund 10 000 Dollar pro Operation wird um lebenslängliche Schmerzen erhöht. Gegen die Absturzgefahr nach einem vierzehnstündigen Arbeitstag und dreieinhalb Drinks bieten freilich auch eine Operation der unteren Gliedmassen und eine höhere Position keine Garantie. Doch nun naht Rettung. Britische Wissenschaftler haben die Zauberformel für den Stolperfaktor gefunden.

Basierend auf der Schuhgröße kann frau nach einer neuen Regel errechnen, wie hoch sie mit ihren Absätzen gehen kann. $h = Q \cdot 12 + (3s/8)$ - so die Formel der neuen Relativitätstheorie, die das Londoner Institute of Physics unlängst auf seiner Internetseite enthüllt hat. Laut dem Nuklearphysiker Paul Stevenson von der University of Surrey, der die Studie verfasst hat, stand nicht Einstein, sondern der Satz von Pythagoras Pate. Der Blahnik-Code setzt sich demnach folgendermaßen zusammen.

«h» ist die Höhe der Absätze (in cm), «Q» ist der soziologische Faktor, und «s» ist die Schuhgröße. Zunächst einmal wird der soziologische Faktor, der wissenschaftlich bekanntlich am schwierigsten zu bestimmen ist, definiert: $Q = p \cdot (y+9) \cdot L / ((t+1) \cdot (A+1) \cdot (y+10) \cdot (L+£ 20))$. Danach ist «p» der Anmachfaktor - errechnet auf der Skala von 0 bis 1, wobei 1 der WOW!- Effekt ist. (0 geht in Richtung Birkenstock.) «y» gibt Auskunft über die Anzahl von Jahren, die man auf Absätzen verbracht bzw. die Übung und Reife, die man in schwankenden Höhen erlangt hat. «L» steht für den Marktwert der High Heels in englischen Pfund. Je höher der Preis, desto höher muss auch die Bereitschaft sein, auf hohen Hacken zu leiden. «t» beziffert die Zeit, die vergangen ist, seit das Schuhwerk angesagt war (0 ist absolut in und rechtfertigt demnach alle Qualen). «A» steht für die Alkoholmenge, die man auf Designer-Stiften trinken kann, ohne umzuknicken. Carrie Bradshaw, so haben die Wissenschaftler errechnet, könnte nach dieser Formel 12,5 Zentimeter lange Absätze tragen - eine Höhe, die sich pro Drink um ein Sechstel dezimiert. Bei näherem Hinsehen freilich sind unter «Q» die wesentlichen Faktoren der weiblichen Soziologie gar nicht berücksichtigt worden: Gibt es: 1. einen Aufzug? 2. einen Mann, der den Arm reichen kann? 3. einen Taxistand in der Nähe? Und was ist mit Wetter, Bodenbelag oder der Absatzbreite? Hier nämlich,

kann man der Website www.physics.org entnehmen, fängt die wahre Gleichung erst an. Sie lautet: je dünner der Hacken, desto massiver der Druck. 65 Kilogramm Frauengewicht auf einer Absatzfläche von zwei Quadratzentimetern erzeugen, prozentual zur Fläche, fünfzehnmal so viel Druck wie ein Elefantenfuß! Weshalb etwa eine Elfe auf bleistiftdünnen High Heels dem Parkett weit mehr Blessuren zufügt als eine zentnerschwere Matrone auf Blockabsätzen. So tragen die Frauen in diesem Land nicht nur schwer an der Mehrfachbelastung von Karriere, Kosmetik und Konsumzwang, sondern auch erheblich zur Schadensbilanz auf amerikanischem Boden bei. High Heels sind die Artillerie an der Modelfront. Was diesen Befund betrifft, so steht die Formel des Nuklearwissenschaftlers auf tönernen Füßen.

*Andrea Köhler, 16. April 2004,
Neue Zürcher Zeitung*

Literatur

Interaktion und Dominanz

Konflikte in der Zusammenarbeit am Beispiel von Frauenprojekten. Eine empirische Untersuchung auf der Grundlage von Gruppendiskussionen.

Christiane Stegmann

Dieses Buch eröffnet einen detaillierten Blick auf die Mechanismen und Funktionen in Interaktionsgestaltungen und Diskursen. Ihre jeweiligen gesellschaftlichen und gruppendynamischen Dimensionen in Bezug auf Konfliktprozesse sind Thema dieser Untersuchung.

Die Thematik wird um die Fragestellung von Konflikten in Erwerbsarbeitszusammenhängen zentriert. Das gemeinsame Erzählen in Gruppendiskussionen bildet die empirische Grundlage einer umfassenden Analyse der Zusammenhänge von Konflikten, Interaktionen und Dominanz als strukturelevante Anordnung.

Die spezifischen Merkmale von Organisationsstrukturen und Gruppeninteraktionen werden in gesellschaftspolitischer Analyse perspektivisch mit praxisorientierten Handlungschancen im Erfahrungsfeld `Interaktion, Dominanz und Konflikte` verbunden.

Erstmalig stehen mit diesem Buch die Konflikte unter Mitarbeiterinnen von Frauenprojekten im Zentrum einer empirischen Untersuchung. Der allgemein gesellschaftliche

Tenor wie auch feministische Diskurse, die Interaktion und Konflikte in gleichgeschlechtlichen Zusammenhängen von Frauen vorrangig als Sozialisierungseffekte eines vereinheitlichten weiblichen „Subjekts Frau“ annehmen, werden auf der Grundlage dieser Untersuchung einer radikalen Neuorientierung bedürfen.

Hgin: Institut für angewandte Interaktionsforschung, Konflikte und soziale Organisation.
Interaktion@gmx.de

Arbeitshilfe zum Anti-Aggressivitätstraining für Mädchen

Es handelt sich um eine Arbeitshilfe zum Thema „Anti - Aggressivitäts - (AAT) / Coolness - Training (CT)© für Mädchen“ .

Sie umfasst 130 Seiten, die wir zur praxisnahen und bedienungsfreundlichen Handhabung in Form eines Ringbuches herausgeben. Die fachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema haben wir im Oktober 2003 in Form einer zweitägigen Veranstaltung im Land Brandenburg unter Mitwirkung einiger AAT-Fachfrauen (und sogar AAT-Fachmännern) begonnen.

Mit dieser Veröffentlichung dokumentieren wir diesen Fachtag und möchten wir die Fachdebatte zu einem vorläufigen Abschluss bringen. Darüber hinaus findet die Nutzerin viele praktische Hinweise und Erfahrungsberichte aus Deutschland und der Schweiz. Das Inhaltsverzeichnis der Arbeitshilfe:

Teil 1: Fachtag „Mädchengewalt – was nun?“: Berichte und Ergebnisse

Teil 2: Anti-Aggressivitäts-Training (AAT) / Coolness-Training (CT): Allgemeine Grundlagen

Teil 3: Das Gesicht weiblicher Gewalt: Theoretische Definition, Geschlechtsrollen, Ergebnisse aktueller Forschung

Teil 4: AAT/CT mit Mädchen: Konzepte und Anregungen für die Praxis

Teil 5 – Anhang: Literatur, Links und Brauchbares

Die Arbeitshilfe ist zum Selbstkostenpreis von 23.- € bei Boxenstopp erhältlich und unter folgender Adresse zu bestellen:

Caritasverband für Brandenburg e. V., Boxenstopp, Dr. Stefan Schanzenbäcker, Residenzstraße 90, 13409 Berlin, Tel.: (030) 666 33-15 06, Fax.: (030) 666 33-15 10
schanzenbaecker@boxenstopp.org

Mehr unter:

<http://www.boxenstopp.org/start.htm>

Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung

Autorinnen: *Nadja Bergmann, Luise Gubitzer, Elisabeth Klatzer,*

Eva Klawatsch-Treitl, Michaela Neumayr

Budgets werden oft als Ergebnis von Sachzwängen dargestellt, unabänderlich und unabhängig von Interessen. Tatsächlich ist die Gestaltung von Budgets aber ein wichtiges Gestaltungsinstrument der Politik und Ausdruck gesellschafts- und damit auch gleichstellungspolitischer Machtverhältnisse.

Budgetpolitik wirkt keinesfalls neutral, insbesondere nicht aus der gleichstellungspolitischen Sicht. Budgetpolitik muss daher zentrales Augenmerk geschenkt werden, um mehr Geschlechtergerechtigkeit, größere Partizipationsmöglichkeiten und mehr Transparenz bei der Ressourcenverteilung zu erlangen; dies sowohl in Bund, Ländern und Gemeinden als auch in Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, NPOs und NGOs.

Geschlechtssensible Budgeterstellung bzw. Gender Budgeting wurde deshalb von Frauen und Fraueninitiativen als wichtiges Instrument zur aktiven Veränderung bestehender, geschlechterhierarchischer Verhältnisse entwickelt. Internationale Erfahrungen zeigen die Bedeutung und die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten dieses frauenpolitischen Instrumentes.

Im vorliegenden „Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung“

- finden sich Beispiele von Initiativen zu Gender Budgeting auf lokaler und regionaler Ebene wie die Analyse des Budgets der Stadtgemeinde Tulln/Österreich oder des Budgets der Stadt Münster/Deutschland.
- werden Möglichkeiten für die Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung gebracht wie z.B. die Bearbeitung einzelner Budgetkapitel oder die Analyse der Wirkung von öffentlichen „Sparpaketen“ auf das Zeitbudget von Frauen in Form der Mehrbelastung mit Erziehungs- und Pflegetätigkeit.
- gibt es einen Arbeitsbehelf der den Einstieg in einen Gender-Budgeting-Prozess erleichtern soll.
- werden Argumentationshilfen – Beschlüsse, gesetzliche Grundlagen – und weiterführende Literatur genannt.

Das Handbuch bietet für alle am Budget interessierten Frauen und Männer Theorie und Praxis, vor allem aber Motivation um sich an die Verwirklichung von Gender Budgeting heranzuwagen. Ziel des Handbuches ist es, Frauen – und Männer – zu ermutigen, sich den Budgets zuzuwenden und sich aktiv in deren Erstellung einzumischen.

Bestellungen an:

ATTAC Österreich, *Margaretenstraße 166, 1050 Wien, Telefon: (01) 54641430*
e-mail: infos@attac-austria.org

Das Handbuch wurde ermöglicht durch die Unterstützung von:

BEIGEWUM, *feministATTAC*, Frauenbüro der Stadt Wien, WIDE.

Das Folgeprojekt zum Buch „Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Frauenperspektive“ [Beigewum (Hg), Mandelbaum Verlag, Wien 2002 – beigewum@iname.com] wurde soeben fertiggestellt:

Eine Broschüre mit dem Titel: Gender Budgeting. Handbuch zur geschlechtergerechten Budgetgestaltung (Autorinnen: Nadja Bergmann, Luise Gubitzer, Elisabeth Klatzer, Eva Klawatsch-Treitl, Michaela Neumayr).

Infos zu dieser Publikation in der Beilage, sie widmet sich vor allem der Frage der Umsetzung von Gender Budgeting auf lokaler und kommunaler Ebene.

TERMINE

8. Interkulturelles Frauenmusikfestival im Hunsrück

Vom 23. bis 25.7.2004

Interkulturelles Frauenmusikfestival im Hunsrück – was ist das?

Die Geschichte des Frauenmusikfestivals beginnt 1994. Das erste Festival, zu dieser Zeit ein musikalisches Ereignis von und für Lesben, wagt die ersten Lebensschritte. 1995 adoptiert eine neu entstandene Gruppe von Frauen das Baby. Dieses Team will neue Inhalte: das Festival soll wachsen und ein Frauenmusikfestival werden, zu dem sich alle Frauen eingeladen fühlen. Diese Aufgabe entwickelt sich zum zentralen Thema des Festivals – denn wer ist das: alle Frauen?

Bei dem Versuch, diese Frage zu beantworten, findet das Festival seine Schwerpunkte: Multikulturell muss es auf jeden Fall sein. Jüdische Musikerinnen sollen Klezmer spielen, bis die Seelen schmelzen. Karibische Musikerinnen sollen mit heißen Rhythmen

das Konzertzelt zum Kochen bringen. Aber damit nicht genug! Die Frauen auf der Bühne sollen - auch mittels eigener Texte - von ihren ureigenen Sehnsüchten, von ihrem Blick auf die Welt, von ihrer Geschichte und der ihrer Kultur, von ihrer Armut und ihrem Reichtum erzählen.

Und natürlich lebt das Festival nicht allein von der Musik! Es ist ein Fest, ein Fest ausschließlich von und für Frauen. Jede, die einmal da gewesen ist, kennt den Grund: diese besondere, schwer in Worte zu fassende Atmosphäre von Freiheit und Offenheit. Nicht zuletzt sollen hier auch die Musikerinnen einen Freiraum vorfinden, den sie sonst nicht haben. Hier steht der musikalische Nachwuchs neben den "Großen" auf der Bühne. Nun soll es auch noch einen Rahmen geben, in dem all diese Frauen sich wohlfühlen. Eine kreative, fröhliche, kommunikative und entspannte Stimmung wollen die Organisatorinnen fördern. Schon die Auswahl des Geländes trägt dazu bei: eine wildromantische Bachaue, von Wäldern gesäumt. Ein Kunsthandwerkerinnenmarkt mit erstaunlichen und wechselnden Angeboten, von der Musik-CD über selbstgenähte Lederartikel bis hin zu Büchern und Töpferinnenware verleitet viele dazu, sich die Stände immer wieder anzuschauen.

Das größte Ziel, auch das utopischste – und doch das, dem die Organisatorinnen ihr Herzblut geben – ist die Begegnung zwischen den Kulturen, den Religionen und Weltanschauungen, zwischen sozialen Schichten, zwischen Stadt und Land, zwischen Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Lebensrealitäten. Wir sehen die vielen kleinen Begegnungen, die schon geschehen sind, und die das Leben einzelner Frauen verändern. Und wir wissen, wir sind auf dem richtigen Weg.

Auch in diesem Jahr ist es uns wieder gelungen, ein kulturell vielfältiges, abwechslungsreiches Programm zusammenzustellen. Die Musikerinnen kommen in diesem Jahr aus Iran, England/Zypern, Venezuela, Uruguay, Argentinien, Tuva / Süd-Sibirien, USA, Irland, Neuseeland, Samoa und Deutschland.

*Interkulturelles Frauenmusikfestival, Aspels-gasse 6, 55481 Kludenbach, Tel./Fax: 06763 / 96 03 23, www.frauenmusikfestival.de
mitarbeit@frauenmusikfestival.de*

**Frauenpolitischer Ratschlag:
Zornig, zärtlich,
zukunftsweisend – weltweit!**

Mehr als 80 Frauen aus ganz Deutschland haben sich am Sonntag, dem 23. Mai 04 in Gelsenkirchen getroffen um den 6. Frauenpolitischen Ratschlag am 30./31. Oktober 04 in Düsseldorf vorzubereiten. Lebhaftige Diskussionen und eine riesige Bereitschaft die Vielfalt der Aufgaben gemeinsam zu bewältigen, zeichneten das Treffen aus.

Der Frauenpolitische Ratschlag ist eine politische und kulturelle internationale Plattform, die dem Austausch von Frauenprojekten, -Gruppen und Einzelpersonen dient. Im Dezember 2000 trafen sich in Duisburg mehr als 2000 Frauen, Männer und Kinder zum 4. Frauenpolitischen Ratschlag. Diese Menschen stammten aus über 50 Nationen. Sie alle brachten Erfahrungen und unterschiedliche Weltanschauungen ein. Damit ist der Frauenpolitische Ratschlag eine in der Bundesrepublik einmalige überparteiliche Plattform des gleichberechtigten und demokratischen Meinungs- und Erfahrungsaustauschs. Diskutiert werden alle von den einzelnen TeilnehmerInnen und Gruppen aufgeworfenen Fragen, welche die Frauen, ihre Familien und unsere Gesellschaft bewegen und in Bewegung bringen, und zwar weltweit. In gemeinsamen Erklärungen möchte der Ratschlag auf friedlichem Wege für die Rechte der Frauen weltweit kämpfen und auf ihre Unterdrückung aufmerksam machen.

Lebhaftige Diskussionen und eine riesige Bereitschaft die Vielfalt der Aufgaben gemeinsam zu bewältigen, zeichneten das Treffen zur Vorbereitung des 6. Ratschlags aus.

Mit dem Motto „Zornig, zärtlich, zukunftsweisend – weltweit!“ gaben die Frauen ihrem Wunsch Ausdruck, dass der 6. Frauenpolitische Ratschlag dem berechtigten Zorn von Frauen gegen Unzulänglichkeiten, Missstände und Grausamkeiten einen Raum bieten und gleichzeitig Perspektiven für die Zukunft aufzeigen möge.

Inhaltlich soll wieder Neuland beschritten werden. So ist als Auftaktveranstaltung zum Ratschlag am 29. Oktober 04 eine „Reise zu den Frauen der Welt“ geplant, auf der sich die Internationalen Gäste des Ratschlags vorstellen und ihr jeweiliges Land in einem Länderbericht aus frauenpolitischer Sicht vorstellen.

Von den Frauen wurden weitere Vorschläge für Foren und Workshops eingebracht, für die nun Verantwortliche zur Vorbereitung gesucht werden. Dabei reicht das Spektrum der Themen von „Im Einklang mit der Natur leben“ über „Gewalt gegen Frauen“ bis hin zu

„Agenda 2010 muss weg – Widerstand ist weiblich“. Bekräftigt wurde dabei nochmals, dass auf dem Frauenpolitischen Ratschlag nur Veranstaltungen stattfinden, die aus dem Kreis der Frauen selbst vorbereitet wurden. Von aktiven Frauengruppen bereits übernommen und damit gesichert, sind derzeit die Foren.

Weitere Informationen: Frauenpolitischer Ratschlag, Postfach 100809, 45808 Gelsenkirchen, fp-ratschlag@web.de
www.frauenpolitischer-ratschlag.de

Gender-Kompetenz

vom 20.-24.09.2004

Gender-Mainstreaming in der internationalen Jugendarbeit im Rahmen des Programms JUGEND

Gender-Mainstreaming ist mittlerweile zu einer Maßgabe in der Förderung europäischer Projekte geworden, um die AntragstellerInnen nicht mehr herum kommen. Neben dieser Anforderung „von Oben“ stellt sich für die PraktikerInnen aber vielmehr die Frage, wie sich die Geschlechterfrage tatsächlich in pädagogischen Maßnahmen realisieren lässt. Das Ziel des Seminars ist die Vermittlung von Gender-Kompetenz. Diese setzt sich zusammen aus dem Wissen, der Fähigkeit und der Sensibilität,

- Mädchen wie Jungen, Frauen wie Männer in ihrer Eingebundenheit in das Geschlechterverhältnis wahrzunehmen
- auf dieser Basis geschlechtsbezogen handeln zu können
- und ihnen Möglichkeiten der Überwindung der Geschlechterhierarchie zu eröffnen.

Dieses Seminar vermittelt geschlechtsbezogene Pädagogik als einen Ansatz, in dem Jugendliche und Erwachsene in ihrer geschlechtlichen Identität wahrgenommen werden. Folglich werden sowohl die geschlechtsspezifischen Sozialisationsbedingungen von Mädchen und Jungen in Blick genommen als auch die eigene Haltung und Zielsetzung in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis thematisiert. Für die Praxis werden Ideen und Beispiele geschlechtsbezogener Pädagogik bzw. Mädchen- und Jungenarbeit entwickelt.

Teilnahme sowie Unterkunft und Verpflegung sind kostenlos. Reisekosten müssen selbst getragen werden.

Veranstalter: JUGEND für Europa in Kooperation mit der Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille“

Leitung: Regina Rauw und Michael Cremers aus dem Team der „Alten Molkerei Frille“, Institut für Gender-Perspektiven

Bewerbung an:

HVHS „Alte Molkerei Frille“, Z.Hd. Regina Rauw, Freithof 16, D- 32469 Petershagen

Telefon: 05702/9771, Fax: 05702/2295

E-mail: info@hvhs-frille.de

Web: www.hvhs-frille.de

Bewerbungsfrist: 01.08.2004 Bewerbungsunterlagen und Details als Downloads unter www.jugendfuereuropa.de/fortbildungen

Männer und Gender im Mainstream

Männer als Akteure im Gender Mainstreaming Prozess der Bundesministerien

Dienstag, 22. Juni 2004, 19.30 Uhr

Galerie (5.OG) der Heinrich-Boell-Stiftung (Hackesche Hoefe), 10178 Berlin

Mit : Dr. Claudia Neusuess, Politikberaterin
Andreas Kirner, Referat Gender Mainstreaming/Gleichstellungsgesetze, Bundesministerium fuer Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Dr. Jutta Emig, Referat fuer gesellschaftspolitische Grundsatzfragen, Bundesministerium fuer Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Christian Raschke, Organisationsberater

Moderation: Barbara Unmuessig, Vorstand Heinrich-Boell-Stiftung

Vor fast zehn Jahren wurde auf der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking Gender Mainstreaming als Strategie zur Herstellung von Chancengleichheit verabschiedet. Das deutsche Bundeskabinett hat 1999 Gender Mainstreaming zum Leitbild der Bundesregierung erklart und die Umsetzung in den einzelnen Bundesministerien beschlossen.

Doch haeufig wird Gender Mainstreaming als Frauenpolitik in neuer Gestalt verstanden und nur von Frauen vorangetrieben. Maenner als Akteure im Gender-Mainstreaming-Prozess ruecken kaum ins Blickfeld.

In der Diskussion geht es um Erfahrungen bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming in deutschen Bundesministerien. Wie steht es um die Interessen und Motivationen, Widerstaende und Blockaden von Maennern? Welche Instrumente und Massnahmen fehlen bisher?

KONTAKT Gabriele Schambach, Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie T 030-285 34-181 E gender@boell.de

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab `90:

Nr. 45/90 Frauen in der Architektur und Planung. **Nr. 46/90** Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den §218. **Nr.47/90** Weg mit dem §218. **Nr.48/90** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, **Nr. 49/90** Frauenforschung und Feminismus. **Nr. 50/91** Feministische Mädchenpolitik . **Nr.51/91** Rassismus von Frauen. **Nr.52/91** Autonomie. **Nr.53/91** Prostitution als Beruf **Nr.54/91** Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. **Nr. 55/91** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. **Nr. 56/92** Glück in Frauenprojekten? **Nr. 57/92** Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. **Nr. 58/92** Gewalt hat ein Geschlecht. **Nr. 59/92** Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, **Nr.60/92** Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, **Nr. 61/92** Entpolitisierung durch Identitätspolitik? **Nr.62/93** Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? **Nr. 63/93** Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, **Nr. 64/93** Gynäkologie unter feministischen Aspekten, **Nr. 65/93** Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, **Nr. 66/93** Frauenstreik, **Nr.67/94** Zur Kopftuchdiskussion, **Nr. 68/94** Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, **Nr. 69/94** Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, **Nr. 70/94** Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, **Nr. 71/95** Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? **Nr. 72/95** Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körperbehinderungen. **Nr. 73/95** Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, **Nr. 74/95** Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, **Nr. 75/95** Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. **Nr. 76/95** Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, **Nr. 77/96** "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. **Nr. 78/96**, 13 Jahre autonome Projektarbeit. **Nr. 79/96** Eigenständige berufliche Existenz. **Nr. 80/96** Die patriarcha-

le Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. **Nr. 81/96** Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. **Nr. 82/97** Kindesmißhandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. **Nr. 83/84/97** Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, **Nr. 85/86/98** Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, **Nr. 87/98** Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. **Nr. 88/99** Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer pro-feministischen Männerbewegung, **Nr. 89/99** Gewalt gegen Frauen im Krieg, **Nr. 90/99** Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, **Nr. 91/00** Zur Therapie von Sexualstraftätern, **Nr. 92/00** Frauen und Militär, **Nr. 93/00** Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, **Nr. 94/01** Täterstrategien bei sexuellem Mißbrauch und Ansätze der Prävention, **Nr. 95/01** Feministisches Handeln gegen Gewalt, **Nr. 96/02** Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, **Nr. 97/02** Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, **Nr. 98/02** Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, **Nr. 99/02** Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? **Nr. 100/02** Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, **Nr. 101/03** Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, **Nr. 102/03** Anzeigepflicht bei sexuellem Mißbrauch? **Nr. 103/03** Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen **Nr. 104/03** Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten **Nr. 105/03** Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule **Nr. 106/03** Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra **Nr. 107/04** Transgender und Feminismus **Nr. 108/04** Zur Kopftuchdiskussion

Kofra